

Schwarzwald-Wacht

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 7 Rpf., Textzeile-Millimeter 15 Rpf. Bei Wiederholung oder Mengenabnahme wird entsprechender Rabatt gewährt. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 7.30 Uhr. Für fernmündlich aufgegebenen Anzeigen kann keine Gewähr übernommen werden. — Erfüllungsort: Calw, Geschäftsstelle der Schwarzwald-Wacht, Lederstraße 25.

Fernruf Nr. 251



Gegründet 1826

Calwer Tagblatt

Verkaufspreis: Ausgabe A durch Träger monatlich RM. 1.50 und 15 Rpf. mit Beilage „Schwäbische Sonntagspost“ (einschl. 20 Rpf. Trägerlohn). Ausgabe B durch Träger monatlich RM. 1.50 einschl. 20 Rpf. Trägerlohn. Bei Postbezug Ausgabe B RM. 1.50 einschl. 18 Rpf. Postgebühren zusätzlich 80 Rpf. Postgebühr. Ausgabe A 15 Rpf. mehr. Postfachkonto Amt Stuttgart Nr. 134 47.

Nationalsozialistische Tageszeitung und Amtsblatt sämtlicher Staats- und Gemeindebehörden des Kreises Calw

Calw im Schwarzwald

Donnerstag, den 30. November 1939

Nr. 281

Stalin wird sehr deutlich

Gründliche Abfuhr der Havas-Lügen: Frankreich und England haben Deutschland überfallen und sind damit für diesen Krieg verantwortlich

Moskau, 29. November. Das französische Havas-Büro ist in einer scharfen Stellungnahme Stalins der Lüge und Fälschung überführt und aufs schärfste zurückgewiesen worden. Ein Redakteur der „Pravda“ hat sich, wie der Moskauer Rundfunk meldet, an Stalin mit der Frage gewandt, wie er sich zu der Mitteilung der französischen Havas-Agentur über die Rede Stalins stelle, die er angeblich im Polit-Büro am 19. August gehalten haben soll und in der er angeblich den Gedanken zum Ausdruck gebracht habe, daß der Krieg möglichst lange dauern solle, um die kriegsführenden Parteien zu erschöpfen.

Auf diese Anfrage hat Stalin folgende Antwort gegeben: Diese Mitteilung der Havas-Agentur ist, wie auch viele andere ihrer Mitteilungen, eine Lüge. Ich kann natürlich nicht wissen, in welchem Café diese

Lüge fabriziert wurde. Doch wie die Herren von der Havas-Agentur auch lügen, sie können nicht leugnen, daß a) Deutschland nicht Frankreich und England überfallen hat, sondern Frankreich und England Deutschland überfielen und die Verantwortung für den gegenwärtigen Krieg tragen, b) Deutschland sich nach Eröffnung der Kriegshandlungen an Frankreich und England mit Friedensvorschlägen wandte und die Sowjetunion die Friedensvorschläge Deutschlands offen unterstützte, da sie der Ansicht war und immer noch ist, daß die baldmöglichste Beendigung des Krieges die Lage aller Länder und Völker von Grund aus erleichtern wird, c) die regierenden Kreise Englands und Frankreichs haben sowohl die Friedensvorschläge Deutschlands als auch die Versuche der Sowjetunion, eine baldigst mögliche Be-

endigung des unverantwortlich heraufbeschworenen Krieges zu erzielen, zurückgewiesen. Dies sind die Tatsachen. Was können, so fragt Stalin, die Kassehauspolitiker aus der Havas-Agentur diesen nicht wegzuleugnenden Tatsachen entgegenstellen?

Mit erfreulicher Klarheit hat Stalin mit seiner Erklärung England als den allein am Krieg Schuldigen festgenagelt. Damit ist Londons letzte Hoffnung, Rußland doch noch ins alliierte Lager zu ziehen, endgültig gescheitert. Die Feststellung, daß Deutschland noch nach Beginn der Feindseligkeiten Friedensvorschläge an England und Frankreich machte, beweist das hilflose Unterjagen der Westmächte, der Welt den wahren Kriegsgrund zu verbergen, der mit Moral allerdings nichts zu tun hat: den Kampf gegen Deutschlands Lebensrecht für Versailles Unrecht. Es gibt keinen moralischen Grund des Krieges der Westmächte und deshalb tragen sie die Verantwortung vor der Geschichte und vor ihren Völkern.

Frankreich als Ausbeutungsobjekt

Von Josef Unold

Es gab eine Zeit, da Frankreich als Weltmacht auf dem europäischen Kontinent eine dominierende Stellung einnahm. Es beanspruchte den gleichen Platz an der Sonne, wie ihn England einnahm. Das widersprach natürlich den Grundfäden der englischen Politik. Britannien sah in dem starken Frankreich eine Gefahr und ging deshalb mit Rücksichtslosigkeit gegen seinen Konkurrenten vor. So trat England im Siebenjährigen Krieg nur deshalb auf die Seite Friedrichs des Großen, weil es von ihm tatkräftige Unterstützung gegen die Franzosen erhoffte. Denn damals bedrohten die Franzosen den englischen Kolonialbesitz. Dies war um die Mitte des 18. Jahrhunderts, zu einer Zeit, da England sich in der ganzen Welt die Kolonien zusammenstahl. Die stärkste Einbuße erlitt damals Frankreich; es verlor das reiche Floridagebiet in Nordamerika sowie ganz Kanada an England. Die Niederlage in der Schlacht bei Quebeck (1759) ließ jedoch die Franzosen nicht zur Ruhe kommen und sie versuchten, nachdem seit dem 11. Jahrhundert noch nie Truppen auf der britischen Insel gelandet waren, sich an England durch eine Landung zu rächen. William Pitt, dem damaligen Premierminister, gelang es jedoch, die Franzosen an der Küste der Bretagne zu schlagen. So verlor Frankreich in diesem denkwürdigen Jahr 1754 außer den nordamerikanischen Kolonien jetzt auch seine afrikanischen Besitzungen am Senegal und seine asiatischen in Ostindien an England. Wenige Jahre später, 1763, wurde im Frieden von Paris der achtjährige englische See- und Kolonialkrieg gegen Frankreich beendet.

Damit wurde England zur unumkehrbaren Beherrscherin der Meere, zur absoluten Weltmacht zur See. In den folgenden Jahren wurde dieser riesige Besitz ausgedehnt; es kam die Vergrößerung in Ostindien, Australien und die große, reiche Inselwelt Ozeaniens hinzu. Nie mehr gelang es Frankreich, die geraubten Kolonien zurückzuerobern. Selbst Napoleon, der 1798 mit einer riesigen Flotte und einem ebenso starken Landheer nach Ägypten zog, um den Einfluß der Briten im Morgenland zu vernichten, scheiterte kläglich. Admiral Nelson, Englands großer Seeheld vernichtete bei Abukir die französische Flotte. Und endlich sei an die Schlacht von Trafalgar (1805) erinnert, in der Napoleons und Spaniens Flotte von Nelson erneut vernichtend geschlagen wurde. Napoleons Plan, England wie eine „Pestinsel“ von Europa abzuschneiden, wurde damit zerschlagen. England behielt damit die Vorherrschaft zur See und raubte, während das alte Europa zerrissen und zersplittert in Streit und Haber lag, in der ganzen Welt mit brutaler Macht und mit den blutigsten Terrormitteln Länder und Reiche und unterjochte ganze Völkerstämme. Und mit diesem England, das jede auf-

Millionen Inder zum Kampf bereit!

Nationalkongress ruft zum Widerstand gegen die imperialistische Gewaltherrschaft Englands

Kabul, 29. November. Das Kabinett des Indischen Nationalkongresses in Wardha, einer Stadt in Zentralindien, die als inoffizielle Hauptstadt Indiens bekannt ist, hat bekanntlich den Antrag über die Zusammenberufung einer entscheidenden Versammlung einstimmig angenommen. Damit hat der Kongress dem britischen Imperialismus endgültig den Krieg erklärt. Besonders erwähnenswert ist, daß Mahatma Gandhi persönlich bei allen Sitzungen anwesend war. Außer ihm nahmen Pandit Jawaharlal Nehru, Babu Rajendra Prashad, Sardar Vallabhbhai Patel, Bhela Bhai Desai, Maulana Abul Kalam Azad, Jai Prakash, Narain, Khan Abdul Gaffar Khan teil.

Die Forderung nach der Zusammenberufung einer verfassunggebenden Versammlung der Inder ist nicht neu. Neu hingegen ist eine Reihe von Voraussetzungen, die jetzt nicht nur in Indien, sondern auch in der Außenwelt vorhanden sind, und die die Inder so hartnäckig gemacht haben, wie sie nie zuvor waren. Heute wissen die Führer Indiens ganz genau, daß England in einen Krieg verwickelt ist, der die ganze britische Politik des Imperialismus in Frage stellt, ein Krieg, für den nach Ansicht Gandhis England überhaupt keine moralische Basis besitzt. Wenn England tatsächlich für das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker kämpft, mit welchem moralischen Recht soll dann die Herrschaft Englands über 400 Millionen Inder weiter aufrechterhalten werden? Das ist die Frage Gandhis, die weder Mister Chamberlain noch Lord Jelland, der Staatssekretär Indiens, bis jetzt beantwortet haben. Daher die Forderung Indiens für die Zusammenberufung einer verfassunggebenden Versammlung.

Der Nationalkongress wird seine ganze Kraft dafür einsetzen, um sobald wie möglich das ganze Verwaltungssystem der Regierung völlig lahmzulegen und die weitere Beherrschung Indiens durch die englische Regierung unmöglich zu machen.

Der indische Nationalkongress erklärt in seinem Aufruf wörtlich: „Der Kongress nahm nur aus dem Grunde an den gesetzgebenden Versammlungen der Provinzen teil, um eine Politik der Non-Cooperation (Nichtmitarbeit) zu verwirklichen, und das Gesetz der Verfassung von innen zu bekämpfen, weil diese Verfassung nur dazu da ist, um die imperialistische Herrschaft Englands über Indien noch zu verstärken und die Ausbeutung des indischen Volkes fortzusetzen. Der Kongress hält von nun an an der fundamentalen Politik der Non-Cooperation der Nichtzusammenarbeit mit dem Apparat des britischen Imperiums fest.“

Das Ziel des Kongresses ist nunmehr völlige Unabhängigkeit, und der Kongress konzentriert jetzt alle seine Kräfte, um dieses Ziel zu erreichen. Der Kongress verlangt eine echte und unabweisliche demokratische Regierung in Indien wobei die ganze politische Macht dem indischen Volke übertragen werden soll und der ganze Regierungsapparat unter der Kontrolle des indischen Volkes stehen muß.

Ein solcher freier indischer Staat kann nur von der indischen Nation selbst ins Leben gerufen werden, und um das zu verwirklichen, verlangt der Kongress ausdrücklich die Zusammenberufung einer verfassunggebenden Versammlung. Diese Versammlung soll von allen Indern, die über 20 Jahre alt sind, gewählt werden, um für das Land eine Verfassung gemäß dem Genius des indischen Volkes zu gestalten.

Nur eine verfassunggebende Versammlung kann die Inder befriedigen, die dank ihrer politischen Macht vollkommen fähig sind, das Land nicht nur zu verwalten, sondern auch zu verteidigen. Indien duldet keine Einmischung mehr in seine Innen- und Außenpolitik durch England. Indien wird von nun an jeden Versuch, es noch weiter in Schach

zu halten, mit den wirkungsvollsten Mitteln bekämpfen. In diesem Kampf wird das indische Volk die erste Gelegenheit wahrnehmen um über sein eigenes Schicksal selbst zu bestimmen.

Die indischen Führer müssen von jetzt an die Massen für den großen Kampf vorbereiten, und wenn die Zeit reif wird, müssen die Inder alles dafür opfern, die Gewaltherrschaft Englands und die jahrhundertalten Mißstände der englischen Verwaltung ein für allemal zu beseitigen.

„Bereit für kommende Ereignisse“

Der indische Führer Jawaharlal Nehru gab in einer kurzen Erklärung bekannt, daß in Indien sich jetzt die tapferen Männer für die kommenden Ereignisse bereit halten sollten. Der Premierminister der Provinz Bombay Dr. B. R. Ambedkar, der ebenfalls seine Demission als Protest gegen das englische Weisbuch eingebracht hat, erklärte bei der Besichtigung einer Veranstaltung der Leibesübungen von 10 000 indischen Nationalvolontären in Allahabad, daß in diesem Lande bald 10 Millionen solcher jungen, abgehärteten Soldaten gebraucht werden würden.

Moskau bricht mit Finnland

Neue Zwischenfälle an der Grenze / Finnländer eröffneten das Feuer

Moskau, 29. November. Mittwochabend um 22.30 Uhr Moskauer Zeit hat die Sowjetregierung durch den stellvertretenden Außenkommissar Potemkin dem finnischen Gesandten in Moskau eine Note überreichen lassen, worin die Sowjetregierung ihren Beschluß bekanntgibt, die diplomatischen Beziehungen mit Finnland abzubreaken. Die finnische Antwort auf die Note Molotows vom 28. November war bis zu diesem Zeitpunkt im Außenkommissariat noch nicht eingegangen.

Der Moskauer Rundfunk verbreitet eine amtliche Mitteilung des Stabes des Leningrader Militärbezirks, wonach sich an der sowjetisch-finnischen Grenze neue Zwischenfälle ereignet haben. Der eine Zwischenfall fand im äußersten Norden der Halbinsel Kola statt. Auf der Fischerhalbinsel (an der nordostantischen Küste) haben den neuesten Meldungen zufolge fünf finnische Soldaten das Feuer auf eine Abteilung sowjetischer Grenztruppen eröffnet.

Bei dem Versuch, die sowjetische Grenze zu überschreiten, wurden drei der Finnen gefangen genommen. Den beiden anderen gelang es, zu entkommen. Von Sowjetseite sind dabei keine Verluste zu verzeichnen gewesen. Den sowjetischen Grenzsoldaten fielen zwei Gewehre, ein Revolver, ein Feldstecher, mehrere Patronen sowie eine

Rafetenpistole als Beute in die Hände. Die sowjetischen Grenztruppen in diesem Grenzabschnitt sind auf Grund dieses Zwischenfalles verstärkt worden. Umweid der Höhe 2402 wurden in demselben Rayon von finnischer Seite fünf Flintenschüsse abgegeben.

Der zweite Zwischenfall ereignete sich in Karelien im Rayon Bidlizan am Ladoga-See. Dort wurden von finnischer Seite zwei Granaten abgeworfen, die 500 Meter weit auf sowjetischem Gebiet einschlugen. Eine kleine Abteilung finnischer Infanterie, die die sowjetische Grenze überschreiten wollte, wurde auf Sowjetseite mit Maschinengewehrfeuer zurückgeschlagen.

(Weitere Meldungen im Innern des Blattes.)

Rußland verstärkt Garnisonen in Zentralasien

Bukarest, 29. November. Das Abendblatt „Scara“ veröffentlicht in großer Aufmachung eine Meldung über Truppenverstärkungen der Sowjets in Zentralasien und Transkaukasien. Danach seien die dortigen sowjetrussischen Garnisonen beträchtlich verstärkt worden. Die Maßnahmen der sowjetrussischen Regierung wurden auf Grund der kürzlichen Truppenkonzentrationen Frankreichs in Syrien, Englands in Ägypten und der Türkei an der Kaukasus-Front getroffen.



Zu den finnisch-russischen Grenzzwischenfällen

strebende Macht in Europa, ganz gleich ob es Frankreich oder Deutschland ist, als mißliebigen Konkurrenten niederzuwerfen entschlossen ist, hat sich die französische Regierung auf Gedeih und Verderb verbunden. Vor 150 Jahren raubte es Frankreich den großen Kolonialbesitz und unterdrückte bis zum heutigen Tag dessen Anspruch auf Gleichberechtigung. Jetzt, im Jahre 1939, ist es England geglückt, dieses verblendete Frankreich so eng an sich zu fetten, daß es zum britischen Dominion herabgesunken ist. Denn als etwas anderes kann man Frankreich nach dem in den letzten Tagen mit England abgeschlossenen „Wirtschaftsbündnis“ nicht mehr bezeichnen. Nachdem Frankreich schon seit Jahren jede eigene selbständige Politik aufgegeben hat und nur zum „Befehlsempfänger“ der Regenschirmminister an der Themse sich degradieren ließ, hat letzte Woche der jüdische französische Finanzminister Reynaud in London Abmachungen getroffen, die Frankreich zum willigen Ausbeutungsobjekt des Herrn Churchill und Genossen erniedrigen.

Nicht allein, daß England entschlossen ist, bis zum letzten Franzosen zu kämpfen, nein auch der französische Steuerzahler, der kleine Mann Frankreichs soll die Hauptlast des Krieges tragen. England ist nicht mehr in der Lage, aus eigener Kraft das Abfinden des Pfundes aufzuhalten. Die Entwertung des Pfundes hatte zur Folge, daß fast alle Länder, die ihre Währung mit dem Pfund verknüpft hatten, diese Verbindung schleunigst lösten, so daß der Sterlingblock, der bisher als unerschütterlich in der Welt galt, aufgelassen ist. Dazu kommt, daß die Rüstungsaufträge, die England in Nordamerika tätigt, auf Grund der cash-and-carry-Klausel bar bezahlt werden müssen. Hierzu fehlen die Dollars; denn Englands Goldbestände sind erschöpft.

Was verlangt nun England von Frankreich? Nichts weniger als den Einsatz des Goldschatzes Frankreichs, um die Währung des Pfundes zu stützen und zu stützen. Frankreich wird aber außerdem auch zur Bezahlung nicht nur der französischen Forderungen auch der englischen Rüstungsbestellungen in U.S.A. herangezogen. Mit einem Wort: der Franken ist endgültig mit dem englischen Pfund verknüpft.

Wesentlich und einschneidend wirkt sich jedoch das Abkommen auf dem Waren- und Transportgebiet aus. Frankreich muß künftig zur Heranschaffung der Nahrungsmittel für die britische Insel seine gesamte Schifftonnage zur Verfügung stellen und die Ernährungslücken, die in England auftreten ausfüllen. Wenn man weiß, daß England zu 80 v. H. in der Sicherstellung seiner Ernährung auf Einfuhr angewiesen ist, kann man ermessen, welche Last dem französischen Volk aufgebürdet wurde. Außerdem soll die Einfuhr in England sich nur auf kriegswichtige Einkäufe beschränken, so daß Frankreich auch wirtschaftlich schwer getroffen wird; England unterbindet damit jede Einfuhr von Textil-, Handels- und Luxuswaren aus Frankreich.

Von britischen Gegenleistungen hören wir jedoch nichts. Im Gegenteil. Wer hat das polnische Gold sich angeeignet, wer hat die Reste der polnischen Kriegs- und Handelschiffe sich einverleibt und wer hat die polnische Fischerflotte gestohlen? Nur England, der fromme Halifax, der gichtkranke und scheinheilige Chamberlain und der Erzflügelner Churchill.

Deutschland sieht diesen Vorgängen, die Frankreich immer enger mit dem Schicksal der Briten verketten, mit Gelassenheit zu. Schließlich ist es ja Daladiers Aufgabe, den Weg zu bestimmen, den es in diesem Kampf Englands um die Erhaltung seiner Machtansprüche zu gehen wünscht. Wir werden uns durch nichts beirren lassen und den Tag abwarten, an dem dieser prahlerische englische Größenwahn gebrochen wird. Die letzten Tage beweisen nur, daß England jetzt schon als „Königin der Meere“ entthront ist und daß diese jämmerlichen Epigonen eines Nelson sich in ein frivoles Abenteuer eingelassen haben, aus dem sie keinen Ausweg finden werden. Die Neutralen sagen es ganz offen, daß Englands Seemacht mit Riesenschritten im Schwanden ist. Während unsere Kreuzer und U-Boote die Blockade gegen England draußen im weiten Ozean mit Erfolg durchführen, vertrieben sich die englischen Schlachtkreuzer in sicheren Schlupfwinkeln und wenn unseren U-Booten einer dieser „Stahl-Rödnige“ vor die Nohre kommen soll, so müssen sie in diese Verstecke hineinkriechen und am Ankerplatz den Fangschuß verabreichen. Wie sagte doch kürzlich der ehrenwerte Herr Churchill? Er erklärte, daß für England „rauhe Zeiten“ bevorstünden. Als er dies sagte, hat er zum erstenmal nicht gelogen! Denn nun dünkt, daß über England schwere und dunkle Tage hereingebrochen sind.

Nicht der geringste Fortschritt

bei Handelsbesprechungen London—Moskau

Brüssel, 29. November. Der Londoner „Belga“-Korrespondent stellt fest, daß die englisch-sowjet-russischen Wirtschaftsverhandlungen seit acht Wochen nicht den geringsten Fortschritt gemacht haben. Die sowjetrussische Antwort auf das britische Memorandum vom 25. Oktober, in dem England gewisse Vor schläge gemacht habe, sei bis heute noch nicht eingetroffen.

London funkt: Exportblockade durchführen!

Englands neuester Völkerrechtsbruch / Deutschland behält sich alle Maßnahmen vor

Berlin, 29. November. Die britische Verordnung (Order in Council) vom 27. November 1939 über wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen gegen Deutschland, die am 28. November 1939 veröffentlicht wurde, hat folgenden Wortlaut:

1. Jedes Handelsschiff, das aus einem feindlichen Hafen kommt, mit Einschluß aller Häfen in Gebieten, die unter feindlicher Befehls- oder feindlicher Kontrolle stehen, kann nach dem 4. Dezember 1939 gezwungen werden, in einem britischen oder alliierten Hafen die Waren zu löschen, welche es in einem solchen feindlichen Hafen an Bord genommen hat.

2. Jedes Handelsschiff, das aus einem anderen als einem feindlichen Hafen nach dem 4. Dezember 1939 ausgefahren ist und Waren an Bord hat, welche feindlichen Ursprungs oder in feindlichem Eigentum sind, kann gezwungen werden, solche Waren in einem britischen oder alliierten Hafen zu löschen.

3. Die auf Grund oben genannter Bestimmungen in einem britischen Hafen gelöschten Waren sollen unter Verwahrung des Prisenhofes gestellt werden und sollen, wenn der Hof die Beschlagnahme der Waren zu Gunsten Seiner Majestät verurteilt, beschlagnahmt oder unter Aufsicht des Hofes verkauft werden. Der Erlös

der Waren kommt beim Hof in Gewahrsam. Nachdem Frieden geschlossen ist, soll der Hof der Lage der Umstände nach beschließen, was mit dem Erlös und den festgehaltenen aber nicht verkauften Waren geschehen soll. Indessen soll die Auszahlung der Erlöse und die Freigabe der Waren jederzeit durch den Prisenhof erfolgen können, wenn a) der Hof als erwiesen ansetzt, daß die Waren vor dem Datum der Verordnung in neutralem Eigentum gewesen sind; b) der zuständige Beamte (Officer of Crown) die Zustimmung dazu gibt.

4. Das Verfahren des Prisenhofes, das bisher verfolgt wurde, soll in allen Fällen die unter diese Verordnung fallen, angewandt werden.

5. Nichts in dieser Verordnung kann von Einfluß sein auf andere, von dieser Verordnung unabhängige Bestimmungen, kraft welcher Schiffe oder Waren in Beschlag genommen oder als beschlagnahmt erklärt werden können.

6. Bei Ausführung dieser Verordnung werden unter den Worten „Waren, welche feindlichen Ursprungs sind“ die Waren verstanden die ihren Ursprung haben in einem Gebiet unter feindlicher Kontrolle oder Befehls- und unter den Worten „Waren, welche feindliches Eigentum sind“ alle Waren, welche einer Person in einem solchen Gebiet gehören.

7. Die gerichtlichen Verfahren auf Grund dieser Verordnung können durch alle Prisenhöfe anhängig gemacht werden, die unter die Regeln vom Prisenhof 1939 fallen.

8. Bei der Ausführung dieser Verordnung gelten die Worte: „Britischer Hafen“ für alle Häfen, die unter die Rechtsprechung eines Prisenhofes fallen, auf welchen die Regeln vom Prisenhof von 1939 anzuwenden sind.

Dem Wortlaut dieser Verordnung geht eine Präambel mit 9 Absätzen voraus, welche der Rechtfertigung und der Darstelluna des Zweckes der Verordnung dienen soll.

Von deutscher Amtlicher Seite wird dazu erklärt: Die Ausdehnung des Wirtschaftskrieges auf die Ausfuhrwaren deutscher Herkunft auf neutrale Schiffe mit neutraler Bestimmung bedeutet einen neuen Bruch des Völkerrechts durch England. Sie steht im klaren Widerspruch zu anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts, insbesondere zu der Pariser Seerechtsdeklaration von 1856. Dieser neue Völkerrechtsbruch trifft ebenso die Neutralen wie Deutschland. Die deutsche Regierung nimmt von der durch England geschaffenen neuen Lage Kenntnis und behält sich alle Maßnahmen vor.

Chamberlain kündigte übrigens diesen britischen Verzweiflungsschritt im Unterhaus für den 4. Dezember an und die britische Admiralität funkt auch schon in alle Welt hinaus: die Blockade gegen den deutschen Export ist sofort „bei Inkrafttreten“ anzuwenden. Da Deutschland bisher jeden Schlag der Kriegsverbrecher mit einem weit kräftigeren Schlag pariert hat, deshalb wird auch dieser Dolchstoß nach Deutschlands Handel den Rechtsbrecher selbst treffen. Inzwischen mehren sich die Proteste der Neutralen gegen diese englische Ausfuhrblockade, die als völkerrechtswidrig gekennzeichnet wird, und für die England die Beweise schuldig geblieben ist. Von den holländischen Blättern wird in verstärkter Maße betont, daß die Rollen für diesen englischen Wirtschaftskrieg die Neutralen zu tragen haben werden. Die britische Behauptung, so schreibt z. B. der „Nieuwe Rotterdamse Courant“, daß die angefügten Maßnahmen lediglich als Vergeltung gegen ein vorhergegangenes Unrecht erfolgen sei, sogar so schwach, daß man die Annahme nicht unterdrücken könne, England wolle die Katastrophe der „Simon Bolivar“ und die dadurch entstandene Erregung dazu gebrauchen, um Maßnahmen durchzuführen, welche England schon lange geplant hatte, die es jedoch nicht anwenden konnte, weil sie gegen das Völkerrecht waren.

Unter der Überschrift „Wie lange noch?“ nimmt auch das „Regime Fascista“ mit großer Schärfe gegen die neuen englischen Blockademaßnahmen Stellung. Mit diesen Methoden einer echten Piraterie, so schreibt das Blatt, geht England zu weit. Es muß sich davon überzeugen, daß die neutralen Staaten nicht seine Dominions sind, noch zu übergehende Faktoren darstellen. Das Seil der Toleranz ist zu straff gespannt und kann auch zerreißen.

Der „Petit Parisien“ befaßt sich mit der durch die Blockade des deutschen Exports geschaffenen Lage. Dabei wendet er sich u. a. an die Neutralen, denen er die höchst bezeichnenden Worte zuruft: „Man spricht von den Rechten der Neutralen! Lassen wir uns doch nicht beeindrucken von den Beschwerden einiger interessierter Geschäftsleute. Man darf es nicht den Juristen überlassen, nach weit zurückliegenden Präzedenzfällen einen Neutralitätsbegriff zu definieren, der längst verjährt ist.“ Das ist mehr als deutlich. Man nimmt sich also nicht einmal mehr die Mühe, der Blockadeverstärkung, wie man das noch vor einigen Tagen tat, ein moralisches Mäntelchen umzuhängen. Man gesteht heute ein, daß die Neutralen einfach nichts sind, man tritt ihre Rechte einfach mit Füßen.

Die norwegischen Gesandten in London und Paris haben Schritte unternommen und erklärt, die norwegische Regierung könne nicht einsehen, inwiefern das Völkerrecht die britische und die französische Regierung dazu ermächtigt, Maßnahmen gegen deutsche Waren an Bord neutraler Schiffe zu ergreifen. Die norwegische Regierung behalte sich selbst das Recht vor, Entschädigungen für etwaige Schäden zu verlangen, die den norwegischen Handel und der norwegischen Schifffahrt zugefügt werden könnten. Gleichzeitig wurde empfohlen, die beiden alliierten Regierungen sollten die ganze Frage im Lichte des Völkerrechtes noch einmal in Erwägung ziehen und von einer Inkraftsetzung dieser Maßnahme absehen.

Das Oberkommando der Wehrmacht berichtet Berlin, 29. November. Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt: Im Westen keine besonderen Ereignisse. Englische Flugzeuge besuchten wiederum über die Ostfriesischen Inseln nach Nordwestdeutschland einzufliegen, ohne jedoch die deutsche Küste zu erreichen. Hierbei wurde der Fliegerhorst Vorkum angegriffen. Schaden wurde nicht angerichtet. Wie bereits durch Sondermeldung bekanntgegeben, ist ein britischer schwerer Kreuzer der „London“-Klasse durch Kapitänleutnant Prien östlich der Shetland-Inseln torpediert und vernichtet worden.

Wieder ein englischer Dampfer vernichtet

Berlin, 29. November. Der englische 1000-Tonnen-Dampfer „Kubislaw“ ist an der Südküste Englands auf eine Mine gelaufen und in zwei Minuten gesunken. 13 Mann der Besatzung sind umgekommen, 14 konnten gerettet werden.

„Dieser Hitlerhund muß sterben!“

Zwei polnische Mordbanditen in Bromberg zum Tode verurteilt

Bromberg, 29. November. Das Bromberger Sondergericht verhandelte gegen den 22-jährigen Joseph Wroblewski aus Michelin und den 49 Jahre alten Wladislaus Rybicki aus Culm. Die beiden Polen, deren viehische Taten nur ein Bruchstück aus den entsetzlichen Blutdokumenten aus Bromberg in den ersten Septembertagen bildeten, wurden wegen gemeinschaftlichen Mordes, begangen an Volksdeutschen, zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Es war in den ersten Kriegstagen. Wenn die Volksdeutschen nicht sofort erschlagen wurden, trieb man sie wie Viehherden zusammen und schleppte sie als Geiseln in das Innere des Landes. Ein solcher Zug von etwa 200 deutschen Männern und Frauen, eskortiert von polnischer Polizei, kam auch durch den Ort Michelin, wo der Angeklagte Wroblewski wohnte. Unter den Befangenen befand sich auch ein 80-jähriger Greis, der mitten auf der Straße vor Erschöpfung zusammenbrach. Wie die Zeugin Palagia Wiczorek und der Kaufmann Siedel, beides Polen, vor Gericht bekundeten, verexkte der polnische Polizist darauf den alten Mann drei Schläge mit dem Koppel, so daß der Greis starb blutende Verletzungen davontrag. Polnischer Pöbel stürzte sich jetzt auf den hilflosen Volksdeutschen und mißhandelte ihn unter den wüsten Beschimpfungen in der viehischen Weise. Die Zeugin Wiczorek sah, wie besonders der Angeklagte Wroblewski mit den Stiefelsohlen mehrfach nach dem Volksdeutschen stieß und auf dem Brustkasten und dem Leib des Greises herumtrampelte. Endlich ergriff der Untermensch sogar einen Stein und schlug damit gegen den Kopf des alten Mannes, so daß das Gehirn herausspritzte. Die Zeugin war über diese entsetzliche Rohheit empört und hat den Mörder, doch von dem Sterbenden abzulassen. — „Bist du eine Polin oder eine Deutsche?“, herrschte sie der Angeklagte an, und nachdem sich die Zeugin als eine Polin zu erkennen gegeben hatte, rief Wroblewski drohend aus: „Wenn du nicht stille bist, ergeht es dir genau so. Mit Deutschen hast du kein Mitleid zu haben! Dieser Hitlerhund muß sterben!“ Hierauf durchsuchte der Angeklagte die Taschen seines un-

glücklichen Opfers, fand aber nur 10 Bloty. Verächtlich sagte er darauf: „Der verfluchte Hund hat nichts bei sich. Ich habe heute schon einen totgeschlagen, der hatte wenigstens 150 Bloty in der Tasche!“ Zum Schluß ihrer Vernehmung erklärte die Zeugin, daß der Greis von dem Angeklagten zu Tode gemartert worden sei. Andere polnische Zeugen — einer von ihnen hatte später mehrere Leichen mit durchschnittenen Kehlen und zertrümmerten Schädeln fortgeschafft — bekundeten, daß nachher noch dem getöteten alten Mann von polnischen Banditen die Schuhe von den Füßen gestohlen worden waren.

Das Urteil gegen Wroblewski lautete dem Antrag des Staatsanwaltes entsprechend auf Todesstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit.

Der nächste Fall gegen den 49 Jahre alten Wladislaus Rybicki ähnelt dem vorherigen in vielen Punkten. Rybicki hatte in seiner Eigenschaft als Lastkraftwagenfahrer mehrere Polen abgefördert, die vor den anrückenden deutschen Truppen ins Innere des Landes flüchteten. Unterwegs, als das Fahrzeug eine Pause hatte, traf die Kolonne auf einen Zug internierter Volksdeutscher. Einer von ihnen, ein älterer Mann, konnte nicht mehr weiter. Sofort war eine Horde Polen aus dem nächsten Dorf um den Unglücklichen herum und schlug und stach mit Messern auf ihn ein. Nach den Zeugenangaben — Rybicki hatte sich nachher seiner „Selbsttat“ gerühmt — hatte der Angeklagte dem sterbenden Volksdeutschen mit dem Fuß mehrere Tritte versetzt, so daß ihm das Blut die Stiefel hochspritzte. Wie die Zeugen, zum Teil ebenfalls Polen, bekundeten, forderte die Menge einen herankommenden Lastwagen durch laute Zurufe auf, doch über den sich im Todeskampf windenden Volksdeutschen hinwegzufahren. Die polnische Soldateska war hier nicht besser als der Pöbel. Als ein polnischer Radfahrer sich über diese Barbarei beschwerte, belam er von einem polnischen Offizier, der Augenzeuge dieses bestialischen Treibens war, als Antwort einen Faustschlag ins Gesicht versetzt.

Auch in diesem Falle traf den Angeklagten, dem Antrag des Staatsanwaltes entsprechend, die einzige gerechte Sühne, die Todesstrafe.

Die Welt bewundert Priens Wikingfahrt

Mister Churchill dagegen belügt das englische Volk mit laulen Ausreden

Berlin, 29. November. Nachdem die englische Admiralität einen ganzen Tag lang sich über die Vernichtung eines Kreuzers der „London“-Klasse in tiefes Stillschweigen gehüllt hat, hat sie nunmehr den Versuch unternommen, diesen neuen Sieg Kapitänleutnant Priens rundweg zu bekräften. Da aber Herr Winston Churchill offenbar desto schlechter liegt, je öfter er lügt, so trägt auch sein neuestes „Dementi“ den Stempel der Unwahrscheinlichkeit an der Stirn.

Der Erste Lord der Admiralität läßt nämlich durch den englischen Rundfunk erklären, daß die Meldung deutscher Rundfunkstationen über die Torpedierung eines Kreuzers der London-Klasse unwahr sei. Er ist dabei so ungeschickt, daß er hinzufügen läßt, dieses Dementi komme von der Admiralität. Nun weiß Herr Churchill genau, daß es sich bei der Meldung über den neuen großen deutschen Erfolg nicht um eine Nachricht handelt, die etwa der Deutsche Rundfunk von sich aus verbreitet hat, sondern um eine Meldung, die das Oberkommando der Wehrmacht auf Grund des Berichts von Kapitänleutnant Prien amtlich im Wehrmachtsbericht ausgegeben hat.

Warum verschweigt Herr Churchill diese Tatsache in seinem „Dementi“ und läßt dem englischen Volk vor, daß es sich bei der Nachricht nur um „deutsche Rundfunk-Meldungen“ gehandelt habe? Im übrigen dürften auch der Welt die Meldungen des Kapitänleutnants Prien glaubwürdiger sein als diejenigen des Vizeadmirals Winston Churchill. Auch der Erste Lord der Admiralität wird sich, wenn auch ungern, daran erinnern, daß er den Namen Prien schon einmal gehört hat, nämlich als die

„Royal Oak“ und die „Repulse“ von diesem tüchtigen deutschen Offizier in Scapa Flow torpediert wurden. Darüber hinaus erinnern wir uns, daß der Erste Lord der Admiralität auch bei der Torpedierung der „Belgica“ drei Tage brauchte, bevor er sich so weit gefaßt hatte, um wenigstens die Tatsache einiger „Beschädigungen“ zuzugeben. Vielleicht werden auch hier einige Tage nachdenken Herrn Winston Churchill die Zunge lösen.

Der neue große Erfolg von Kapitänleutnant Prien veranlaßt die Blätter der neutralen Staaten erneut und in verstärkter Maße zu kritischen Bemerkungen über Englands Ohnmacht zur See, besonders in der Nordsee und nun auch im Nordatlantik. In Holland wird deshalb Deutschlands Optimismus sehr begrifflich gefunden, und dabei betont, daß die englische Seeherrschaft sehr unvollkommen geworden ist. Und der „Popolo d'Italia“ erklärt: Wenn das vergangene Wochenende für England mehr als schwarz gewesen sei, so erscheine der Wochenanfang mit dem Verlust des Hilfskreuzers „Kawalpindi“ und eines Kreuzers der London-Klasse für die „Königin der Meere“ nicht weniger dunkel. Kapitänleutnant Prien, der Held von Scapa Flow, habe auch diesen Schlag geführt, der zusammen mit dem Erfolg von Vizeadmiral Marschall beweise, daß die deutschen Seestreitkräfte ihre Offensive über die Nordsee hinaus bis in den Nordatlantik vorgetrieben haben und Albion die Herrschaft in jenen Meeresstraßen wieder entriffen. Die einst Schauplatz der sagenumwobenen Unternehmen der deutschen Wikingen waren.

Unsere Flak wehrt eifern ab

Das Oberkommando der Wehrmacht berichtet

Berlin, 29. November. Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt: Im Westen keine besonderen Ereignisse. Englische Flugzeuge besuchten wiederum über die Ostfriesischen Inseln nach Nordwestdeutschland einzufliegen, ohne jedoch die deutsche Küste zu erreichen. Hierbei wurde der Fliegerhorst Vorkum angegriffen. Schaden wurde nicht angerichtet. Wie bereits durch Sondermeldung bekanntgegeben, ist ein britischer schwerer Kreuzer der „London“-Klasse durch Kapitänleutnant Prien östlich der Shetland-Inseln torpediert und vernichtet worden.

Wieder ein englischer Dampfer vernichtet

Berlin, 29. November. Der englische 1000-Tonnen-Dampfer „Kubislaw“ ist an der Südküste Englands auf eine Mine gelaufen und in zwei Minuten gesunken. 13 Mann der Besatzung sind umgekommen, 14 konnten gerettet werden.

Moskau warnt zum letztenmal

Molotow über die russisch-finnische Krise / Gegen böswillige Gerüchte

Moskau, 30. November. Um 24.00 Uhr Moskauer Zeit hielt der Vorsitzende des Kommissarenrats und Außenkommissar Molotow über sämtliche Sowjetländer eine kurze Ansprache zur gegenwärtigen sowjetisch-finnischen Krise, die als letzter Aufruf zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes bezeichnet werden kann. Molotow führte unter anderem aus:

Das feindselige Verhalten der Politik der gegenwärtigen finnischen Regierung gegenüber der Sowjetunion habe die Sowjetregierung zu sofortigen Maßnahmen zum Schutze der Staatssicherheit gezwungen. Es sei bekannt, daß die Sowjetregierung im Laufe der letzten zwei Monate mit der finnischen Regierung Verhandlungen geführt hat über minimale Vorschläge zur Sicherung der Grenzen der Sowjetunion und insbesondere Leningrads. Die finnische Regierung habe sich jedoch von Anfang an gegenüber den friedlichen Vorschlägen der Sowjetunion unangenehm gezeigt und sich nicht bemüht, eine Grundlage für ein Abkommen mit der Sowjetregierung zu finden. Die finnische Regierung habe im Gegenteil Wege beschritten, die im Interesse der Kriegsbrennstoffe liegen. Ungeachtet aller Konzeptionen der Sowjetregierung hätten die Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt.

In den letzten Tagen hätten sich an der sowjetisch-finnischen Grenze Provokationen der finnischen Militärs ereignet, die in der Beschickung von Abteilungen der Rote Armee ihren Ausdruck fanden. Die Verhütung der Sowjetregierung, Finnland zu warnen vor einer Wiederholung solcher Provokationen, hätten gleichfalls keinen Erfolg gehabt, sondern im Gegenteil zu neuen Grenzverletzungen geführt. Auf die Vorschläge der Sowjetregierung habe die finnische Regierung mit einer Weigerung geantwortet und mit einer freien Bestreitung der Tatsache des Artillerie-Überfalles der finnischen Truppen auf die Sowjettruppen.

Die finnische Antwort habe die Absichten verriet, Leningrad auch weiterhin noch unter direkter Bedrohung durch die finnischen Truppen zu halten. Die finnische Regierung, die verstrickt sei in ihren Bindungen zu den „Imperialisten“, wolle demnach überhaupt keine normalen Beziehungen zur Sowjetunion unterhalten, und sei auch nicht gewillt, die Forderungen des zwischen der Sowjetunion und Finnland bestehenden Nichtangriffspaktes zu berücksichtigen. Im Gefolge der neuen finnischen Provokationen an der sowjetisch-finnischen Grenze habe die Sowjetregierung deshalb folgende Maßnahmen für nötig erachtet:

1. Die — bereits bekannte — Ausrückung des Nichtangriffspaktes mit Finnland, die in Anbetracht der beständigen Überfälle und Ausschreitungen der finnischen Truppen gegen die sowjetischen Grenztruppen notwendig geworden sei.

2. Da die Sowjetregierung die gegenwärtige Lage nicht länger hinnehmen könne, und die Bedrohung der Sowjetgrenzen und insbesondere Leningrads nicht weiter dulden könne, habe sie beschlossen, ihre politischen und wirtschaftlichen Vertreter aus Helsinki sofort abzurufen.

3. In Anbetracht der gegenwärtigen Krise habe die Sowjetregierung weiter an die Rote Armee und die Rote Flotte den Befehl erteilt, auf alle Überraschungen von Seiten der finnischen Truppen gefaßt zu sein und neue Provokationen mit der Waffe abzuwehren.

Im Ausland seien, so fuhr Molotow fort, von sowjetfeindlicher Seite Gerüchte verbreitet, wonach die Sowjetunion Finnland erobern wolle bzw. mit dem gegenwärtigen Konflikt kriegerische Absichten gegen Finnland verfolgte. Diese Gerüchte erklärte Molotow nachdrücklich für absurd und böswillig, denn die Sowjetregierung habe keine derartigen Absichten.

Die Sowjetregierung sei vielmehr bereit, um ein gutes Verhältnis zu Finnland herzustellen auch territoriale Zugeständnisse an Finnland zu machen: So könnten zum Beispiel gewisse Gebiete Sowjetkareliens mit einer den Finnen stammesverwandten Bevölkerung an Finnland abgetreten und mit dem finnischen Staat vereinigt werden. Dazu sei es allerdings erforderlich, daß die Politik der finnischen Regierung gegenüber der Sowjetunion keine feindselige, sondern eine freundschaftliche wäre.

In anderen böswilligen Verleumdungen sei die Behauptung aufgestellt worden, daß die Sowjet-

union sich in die inneren Verhältnisse Finnlands einmischen wolle. Demgegenüber betonte Molotow, daß die Sowjetregierung Finnland als unabhängiger Staat in bezug auf seine innere sowie seine äußere Politik anerkenne und an der Ansicht festhalte, daß das finnische Volk seine inneren und äußeren Angelegenheiten selbst entscheiden solle. Die Völker der Sowjetunion wünschten auch in Zukunft, daß das finnische Volk die Möglichkeit habe, sich in freier und unabhängiger Entwicklung ungestört zu entfalten. Auch in Fragen der Beziehungen zwischen Finnland und anderen Staaten würde sich die Sowjetunion niemals einmischen wollen, denn sie sei der Ansicht, daß diese Fragen Finnland allein angehen.

Dagegen müsse die Sowjetunion nachdrücklich auf ihre eigene Sicherheit und insbesondere auf den Schutz Leningrads bedacht sein, was sie auch als einziges Ziel in den verflochtenen Verhandlungen verfolgt habe.

Wir können nicht dulden, so sagte Molotow, daß unsere Sicherheit von dem bösen Willen der gegenwärtigen finnischen Regierung abhängt. Wir zweifeln jedoch nicht, daß eine positive Lösung dieser Aufgabe die Grundlage zu einer neuen Freundschaft zwischen der Sowjetunion und Finnland abgeben kann.

Frankreich macht den Briten Sorgen

Chamberlains Flucht in die Öffentlichkeit / Organisierte Selbstpropaganda

Sonderbericht unseres Korrespondenten

ma. Amsterdam, 29. November. Die gestrige Radioansprache Chamberlains an das englische Volk, in der er das Empire, ja die ganze Welt zum Kriege aufrufen wollte, war nichts als eine Verteidigungsrede von geradezu erschütternder Depression. Man muß schon einmal hineinleuchten, wie die britische Propaganda die Vorgänge im Ueberseebereich und in England selbst zudecken sucht, um eine Erklärung dafür zu finden.

Chamberlains Krankheit brachte schnell die Politiker auf den Plan, die den Augenblick als günstig ansehen, die allgemeine Unzufriedenheit des Volkes mit dem Verlauf des Krieges zu einem Ministerschub zu benutzen, die der Churchillgruppe das Staatsruhr in die Hand legen würde. In nicht weniger als drei populären englischen Zeitungen werden Autobiographien und Betrachtungen aus der Feder des Ersten Lords der Admiralgattung laufend veröffentlicht, und immer wieder stößt man auf die Kritik, daß das ganze Kabinett mit der einen Ausnahme von Churchill aus sehr mittelmäßigen Männern bestehe, die besser früher als später verschwinden sollten. Natürlich handelt es sich dabei um eine organisierte Selbstpropaganda der Churchill-Gruppe in der Presse. Niemand kennt diese Gefahr besser als Chamberlain, und seine Besorgnis hat ihn zu der Flucht eines Appells an die Öffentlichkeit veranlaßt.

Der Krieg ist den Engländern verdammt nahe auf den Leib gerückt. In den abgelegenen und äußersten Winkeln des Inselreiches entdecken die Bewohner deutsche Flugzeuge, die ungestört ihre Bahn ziehen. Von einzelnen Küsten, wo heute Zehntausende der evaluierten Großstädter wohnen, sieht man mit bloßem Auge die Schiffe in den Fluten versinken, die England Rohstoffe, Lebensmittel und Kriegsmaterial bringen sollen. Mit zitternder Stimme erklärte Chamberlain deshalb, Deutschland ist jetzt dazu übergegangen, sogar in den englischen Gewässern selbst dicht bei den Gestaden Großbritanniens seinen vernichtenden Seekrieg auszuführen. So undenkbar war für jeden Engländer die Möglichkeit, Deutschland

werde den „Gürtel, den die mächtigste Flotte der Welt zum Schutze der britischen Inseln bildet“, jemals durchbrechen können, daß jetzt selbst englische Staatsmänner und Militärs ganz erschüttert vor dieser Tatsache stehen, und wir brauchen nur die verbreitetste Sonntagszeitung, den „Sunday Express“ zu lesen, um die Rückwirkung im englischen Volk selbst zu erkennen. Die englische Nation fordert zu wissen, so heißt es darin, die umrandet gleich auf der Frontseite, „warum deutsche Flugzeuge Tag für Tag die Shetland-Inseln ungehindert besuchen können. Weder die britische Flottille noch die Luftwaffe scheint imstande zu sein, die nun schon seit vier Wochen erfolgenden deutschen Aufklärungsflüge über Schottland zu verhindern. Selbst das Clyde-Gebiet in Westschottland, wo Britanniens wichtigste Werften der Kriegsmarine liegen, ist offenbar in letzter Zeit von deutschen Flugzeugen überflogen worden. Wer ist dafür verantwortlich?“

Die Freundschaft mit Frankreich macht den Engländern täglich größere Sorge. Die Franzosen verlangen jetzt, so heißt es in einem englischen Bericht, England solle mehr Soldaten über den Kanal schicken, denn die französische Industrie steht so gut wie ganz still. Jeder arbeitsfähige Franzose bis 48 Jahre sei eingezogen, und solange nicht Verpfändungen aus Großbritannien eingetroffen seien, könnte auch nicht die kleinste Zahl Franzosen für Industriearbeiten entlassen werden. Frankreich lebe heute von seinen großen Goldreserven. Wenn diese erschöpft seien, müsse es sich an Großbritannien um Unterstützung wenden. Tatsächlich werde es immer unmöglicher, so erklärt dazu der „Sunday Express“, den französischen und britischen Gesichtspunkt miteinander in Einklang zu bringen. Aber man sollte entschlossen dagegen ankämpfen, daß während der Kriegszeit ein radikaler Gegensatz oder eine tiefgehende Trennung zwischen den beiden Nationen sich entwickle.

Aus diesen Betrachtungen der englischen Presse erzieht man deutlich, warum Chamberlain in seiner Rede in so berebten Worten von der „Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Frankreich“ sprach!

Drei Sage auf der Flucht durch Frankreich

Wie deutsche Flieger sich als „verirrte Engländer“ nach der Schweiz durchschlugen

Sonderbericht unseres Korrespondenten

sch. Bern, 29. November. Es ist verständlich, daß es den Franzosen sehr peinlich ist, daß es den drei deutschen Fliegern, die in der Umgebung von Besancon in Frankreich notlanden mußten, gelungen ist, sich in dreitägigem angestrengtem Marsch in die Schweiz durchzuschlagen, deren Grenze sie in der Höhe von Neuenburg erreichten.

Hier hat es aber einiges Aufsehen erregt, daß die Franzosen die ihnen peinliche Angelegenheit in ein Schauermärchen von einer Desertierung deutscher Flieger über die deutsch-schweizerische Grenze umzufrisieren suchten.

Die Schweizer Presse erteilt diesen französischen Phantasieprodukten jetzt durch eine sachliche

ruhige Darstellung der dreitägigen Flucht der deutschen Flieger durch französisches Gebiet die richtige Antwort. So berichtet ein in La Chaux-de-Fonds erscheinendes Blatt „Impartial“, daß die drei deutschen Flieger, die im Alter von 18 bis 22 Jahren stehen, ihre Uniformen verbrannten und nur ihre Fliegerüberzüge behielten. Auf ihrer Flucht über eine Strecke von etwa 75 Kilometern hätten sie sich als verirrte englische Flieger ausgegeben und so leichter gewesen sei, als einer von ihnen fliehend englisch sprache. Die drei deutschen Flieger wären nach ihrem Uebertritt auf Schweizerboden in der abgelegenen Scheune eines Bauern aufgefunden und festgenommen worden. Zu ihrem tiefsten Bedauern hätten sie nicht mehr die deutsche Grenze erreichen können, was ihre Absicht gewesen sei.



Von erfolgreicher Feindfahrt zurück: Unser Bild zeigt ein deutsches U-Boot im Heimathafen. Monteure und Mechaniker sind sofort bei der Arbeit, um das Boot zu überholen. (Dr. D.Kw.)



Kapitänleutnant Prien, der mit der Torpedierung und Vernichtung eines englischen schweren Kreuzers der „London-Klasse“ einen neuen großen Erfolg für die deutsche U-Boot-Waffe erringen konnte. (Presse-Hoffmann)

Boilu braucht „Aufpeitschung“

Militärführer rufen nach Diktatur

Brüssel, 29. November. In einem Sonderbericht des „Binglieme Siecle“ aus Frankreich wird auf die Beunruhigung hingewiesen, die die andauernde Untätigkeit der französischen Armee auf die Moral der Truppen und der Bevölkerung ausübt. Die französischen Militärführer brähten in ihren Meinerungen den Wunsch nach einem sofortigen „harten Schlag“ des Gegners zum Ausdruck, der auf Frankreich „als ein Aufpeitschungsmittel wirken und die Autorität aus den mehr und mehr ägernden Händen der Behörden in die eiserne Faust der Militärführer legen würde“.

Aus dieser bemerkenswerten Feststellung des belgischen Berichterstatters geht offensichtlich hervor, daß in einflussreichen Kreisen in Frankreich die Einführung einer Militärdiktatur als notwendig erachtet wird. Der Berichterstatter macht sich weiter dann die Auffassung zu eigen, daß von französischer Seite keine große militärische Aktion an der Westfront zu erwarten sei. Da also auf militärischem Gebiet die Erzeugung einer Diktatur unmöglich sei, bleibe nur noch die Möglichkeit, eine Diktatur in die Moral des Gegners zu schlagen. Die Tugenden der Ausdauer und anhaltenden Fähigkeit seien aber bei den Deutschen stärker vorhanden als bei den Franzosen, weil letztere mehr „auf harte Schläge“ eingestellt seien. Wenn der Sieg nicht durch die Geschäfte erfochten werden könne, dann solle er möglicherweise durch den Rundfunk und die Propaganda erzielt werden. Und in dieser letzteren Waffe habe Deutschland bisher die Meisterschaft.

Selbst dem Pariser Senior zuviel

Presse lehnt Chamberlains „Kriegsziele“ ab

Rom, 29. November. Ausgerechnet Chamberlain, der nicht oft genug die hundertprozentige Uebereinstimmung zwischen England und Frankreich unterzeichnen konnte, war es vorbehalten, den offenen Unwillen der französischen Presse auszulösen. „Die Kriegsziele Urfrage tiefgehender Zwietsch“ so betitelt das Mittagsblatt des „Giornale d'Italia“ seine Pariser Meldung, während „Messaggero“ in riesiger Ueberschrift von „Paris gegen Chamberlain“ spricht, und gleichfalls zu unterzeichnen, daß Chamberlains zukünftiges Europa in Paris als eine Utopie bezeichnet werde. Es sei sogar so weit gekommen, daß ein vom „Cewre“ als Schlagzeile gewählter Satz der Radio-Ansprache des Premieres der Senior zum Opfer gefallen sei, was besser als viele Worte die offenen zutage tretende französische Reaktion gegenüber der englischen Auffassung über das „neue Europa“ beweise. Auch „Cewre“ unterzeichnet den offenen Gegensatz in den englisch-französischen Anschauungen. Diese Polemik sei deshalb besonders lehrreich, weil sich die Meinungsverschiedenheit auf die Verteilung des Felles des Bären beziehe.

Wir kriegen gegen Neutralität

Das sind Englands „Loyalitätsbeweise“

Brüssel, 29. November. Wie man erfährt, handelt es sich bei der am Dienstag von Wenduhne an der belgischen Küste gemeldeten Minenexplosion um eine klare Parallele zu dem leichtsinnigen englischen Bombenabwurf auf das dänische Esbjerg. Charakteristisch ist, daß sich die treibende englische Mine von ihrer Verankerung im Kanal losgerissen hatte und natürlich entgegen dem Völkerrecht, wie es bei den englischen Minen nun schon fast selbstverständlich ist, nicht unschadlos wurde. Die Explosion hatte eine furchtbare Wirkung. Die Taten und Fenster des Orts Wenduhne wurden zerschmettert, die Dächer beschädigt und zum Teil völlig zerstört. Ein Einwohner wurde durch Splitter schwer verletzt. Diese Explosion ist ein neuer erschütternder Beweis für die brutale und völkerrechtswidrige Kriegsführung Englands, desselben England das der Welt einreden möchte, daß die deutsche Kriegsführung ein verabscheuungswürdiges Verbrechen sei.

Der englische Seediak geht um

über 1000 Postfäcke aus USA beschlagnahmt

Philadelphia, 29. November. Wie der Kapitän des von der letzten Europafahrt zurückgekehrten USA-Frachtdampfers „Blad Eagle“ mitteilte, haben die Engländer auf der Hinreise des Schiffes im Oktober 1156 Postfäcke darunter 130 für Deutschland beschlagnahmt und von Bord geschafft. Ein Großteil der Post war für Belgien und Holland bestimmt.

Luftkampf über England

Deutscher Aufklärer wohlbehalten heimgekehrt
Berlin, 29. November. Am Mittwoch fand ein Luftkampf über der britischen Grafschaft Northumberland zwischen einem deutschen Aufklärer und einem englischen Jäger statt. Der Aufklärer, der in großer Höhe flog, wurde aus einem Wolkenloch heraus von dem Engländer überfallen und erhielt mehrere Treffer, ohne daß er hierdurch irgendwie in seiner Aktionsfähigkeit behindert wurde. Der englische Jäger flog bis auf 50 Meter auf das deutsche Flugzeug heran und wurde von dem MG-Schützen mit mehreren längeren Feuerstößen abgewehrt. Die deutsche Besatzung stellte daraufhin fest, daß der englische Jäger plötzlich seine an sich günstige Angriffsposition ausgab und seitlich nach unten in die Wolken abkippte. Das deutsche Aufklärungsflugzeug ist, ohne weiteren Angriffen ausgesetzt gewesen zu sein, wohlbehalten in den Heimathafen zurückgekehrt. Es hat seinen Auftrag voll durchführen können.

Fronvögte zittern

Der Aufstand der Bagiri im Nordwesten Indiens droht auf andere Provinzen überzugreifen. Massenstreiks und blutige Zusammenstöße zeigen die große Erbitterung der ausgebeuteten und hungernden indischen Massen. Mit Recht fürchten die Engländer, es werde wieder, wie so oft in den vergangenen Jahrzehnten, zu Generalstreiks, Steuererweigerungen und Boykott kommen. Seit der Kampfanfänge der indischen Kongresspartei brodeln und gärt es im ganzen Land.

Der von manchen schüchtern vorgebrachte Hinweis darauf, daß Großbritannien auch mit diesem Konflikt, wie in den früheren Jahren, fertig werde, ist nichts anderes als ein schwacher Versuch, sich über die sehr bedrohliche Situation hinwegzutäuschen. Man weiß sehr wohl, daß die indische Freiheitsbewegung trotz der Zersplitterung des 350-Millionen-Volkes in Religionen und Kasten von Tag zu Tag an Schwung gewinnt. Die Engländer können sich auch nicht verhehlen, daß der Zeitpunkt für die indischen Nationalisten so günstig ist, wie noch nie und daß die Führung der Kongresspartei entschlossen ist, diese Lage nach Kräften auszunutzen und sich nicht wieder, wie im Weltkrieg, mit leeren Versprechungen abspäßen zu lassen.

Mit Schrecken haben die britischen Fronvögte festgestellt, wie rasch diese Partei, die bereits im Jahre 1885 gegründet wurde, seit dem großen Wahlsieg 1937, der ihr die Mehrheit in den meisten Provinzen brachte, gewachsen ist. Auch ihre Forderungen wurden von Jahr zu Jahr größer. Hatte sie sich noch vor dem Weltkrieg mit der Forderung nach Selbstverwaltung zufrieden gegeben, so verlangte sie schon 1928 eine Verfassung wie die übrigen Dominions, und jetzt ist sie auch damit nicht mehr zufrieden, sondern kämpft um die volle Unabhängigkeit des Landes. Seitdem der Vizekönig, Lord Linlithgow, die Forderungen Indiens abgelehnt hat, ist die Luft unüberbrückbar geworden.

In den Kreisen der Engländer wird zugegeben, daß man mehr noch als Gandhi den Führer des radikalen Flügels der Kongresspartei, Pandit Nehru, fürchtet. In der Tat hat Pandit Nehru, der selbst jahrelang die Kongresspartei führte, im indischen Volk ständig an Ansehen gewonnen. Er gilt bereits als der kommende Mann der indischen Freiheitsbewegung. Anbeugung und Zäh kämpft dieser Mann für die Befreiung seines Landes vom britischen Joch. Dafür mußte er auch die besten Jahre seines Lebens hinter Gittern verbringen. Die britischen Geldsäcke fürchten ihn und seine Freunde um so mehr, als er besonders die wirtschaftliche Ausbeutung, die zum Himmel schreienden sozialen Zustände und die Arbeitslosigkeit anzuprangert. Schon im Jahre 1937 rief er auf dem Kongress der Partei aus, daß „Zusammenarbeit mit dem britischen Imperialismus nicht gebildet“ werde. Man muß sich, wie manche einsichtigen Engländer zugeben, darauf gefaßt machen, daß sich die indische Freiheitspartei eines Tages von den alten Kampfmitteln des passiven Widerstandes, des Ungehorsamsstreiks und des Hungerstreiks trennt und zu aktiveren Kampfmethoden übergeht.

Danzig ehrt Dr. Goebbels

Danzig, 29. November. Am Mittwoch traf Reichsminister Dr. Goebbels zu einem Besuch im Reichsgau Danzig-Westpreußen auf dem Flugplatz Langfuhr ein. Er wurde von Gauleiter und Reichshauptkammerherr Forster sowie vom Leiter des Reichspropagandaausschusses in Danzig, Dieverge, empfangen und in das Haus des Gauleiters in der Jopen-Gasse geleitet. Dort wurde ihm vom Gauleiter als Zeichen der Dankbarkeit und als Erinnerungszeichen des besetzten Danzig das Kreuz von Danzig überreicht, wofür Dr. Goebbels herzlich dankte.

Ein Tischbein rettete ihm das Leben

Eigenartiges Schicksal eines Alten Kämpfers im Bürgerbräukeller

Sonderbericht unseres Korrespondenten

München, 29. November. Nicht nur das Krankenhaus links der Max-Behergberg die Verletzten des ruflosen Attentats im Münchener Bürgerbräukeller. Im Standortlazarett München liegen noch jetzt vier Soldaten, die sich von ihren Regimentern an der Westfront beurlaubt hatten, um an dem Traditionsfesten im Bürgerbräukeller teilzunehmen. Alle befinden sich auf dem Wege der Besserung und erzählten von jener denkwürdigen Nacht.

Eines der bemerkenswertesten Schicksale erlebte dabei August Ortner. Er berichtet wie er in angetanem Gespräch nach der Führerrede noch einige Zeit mit zwei Kameraden vom „Stoßtrupp Sittler“ und vom Reichsautogaz beisammensah, um alte Erinnerungen aufzufrischen. Gerade hatten die drei voneinander verabschiedet, als plötzlich ein heller Feuerchein hinter Ortner aufblitzte. In der nächsten Sekunde sank Ortner bewußtlos zusammen. Als er wieder zu sich kam, hörte er das Schürfen eines Spatens. Später erfuhr er, daß ihn der Bifel eines Feuerwehrmannes aufgeschüttelt hatte, nachdem er bereits eine Dreiwertelstunde unter meterhohem Schutt begraben lag. Das Ortner heute überhaupt noch lebt, verdankt er einem massiven Wirtshausstück, unter dem er durch den Zufall geblieben wurde. Die schweren Brocken der einstürzenden Decke wurden dadurch wie ein schützender Schild

von ihm abgehalten. Drei Beine des Tisches waren unter der Wucht der Balken, Träger und Steine zusammengebrochen, doch das letzte Tischbein hatte noch Standgehalten.

In diesem winzigen kleinen Bohrturm lag nun der Kopf des bewußtlosen Soldaten Ortner während sein Körper verschüttet war. Als ihn das Suchkommando aufgefunden hatte, war seine erste Frage, ob der Führer gerettet sei. Dann erkundigte er sich nach dem Verbleib seiner beiden Kameraden, von denen er sich wenige Sekunden vor der Explosion verabschiedet hatte. Da man ihr hierüber keine Auskunft geben konnte, eilte Ortner trotz seiner schweren Verletzungen zur Unfallstätte zurück, um gemeinsam mit den Männern der Feuerhubschulze die Suche nach den Vermissten aufzunehmen. Als er nach feierhaftem Graben später die beiden Kameraden nur noch als Leichen fand, brach er ohnmächtig zusammen. Sanitäter trugen den Bewußtlosen in das Traditionslokal. Dann wurde er in die Chirurische Klinik eingeliefert und von da in das Standortlazarett. Heute ist der Verletzte so weit wieder hergestellt, daß die Ärzte hoffen, ihn schon bald als geheilt entlassen zu können.

5200 Ausländer, und zwar Persönlichkeiten von Staat, Wirtschaft, Politik und Wissenschaft aus fast allen Ländern der Welt, haben in diesem Jahre Baustellen und Einrichtungen des Reichsarbeitsdienstes besichtigt.

Über eine Million Engländer arbeitslos

Heltiger Vorstoß der „Times“ gegen Großbritanniens Kriegskabinet

Sonderbericht unseres Korrespondenten

Amsterdam, 30. November. Außerordentliches Aufsehen hat sowohl in England als auch im neutralen Ausland eine Stellungnahme der „Times“ hervorgerufen, die sich zu Beginn der neuen Sittingsperiode des Parlamentes in einem scharfen Beitrag gegen das Vorgehen der Regierung auf innerpolitischem Gebiet wendet. Zum ersten Male seit Kriegsbeginn wird in dem führenden englischen Blatt ein solch heftiger Vorstoß gegen verschiedene Mitglieder des Kriegskabinetts gerichtet, so daß auch dem harmlosen Bürger klar werden muß, daß seine Regierung in die gefährlichsten Fehler verfallen ist.

Die „Times“ befaßt sich zunächst eingehend mit dem „Mißerfolg“ der gewaltigen englischen Arbeitslosigkeit, wobei sie bemerkenswerte offene Worte gebraucht. In einer Zeit, wo die Kontrolle der Industrie in die Hände der Regierung übergegangen ist und wo der Arbeitsminister gleichzeitig Minister für den nationalen Dienst ist, so heißt es in dem Artikel, da könne man mit Recht fordern, daß die Regierung das Ansehen der Arbeitslosigkeit vor der Öffentlichkeit erkläre. Hunderttausende von Männern seien zum aktiven Dienst angelernt worden, außerdem eine große Anzahl von Arbeitskräften in den Kriegsinstrumenten beschäftigt. Wie könne es da ankommen, so fragt das Blatt entsetzt, daß in England die Arbeitslosenziffer auf 1.430.000 angestiegen ist? Darf es gegenwärtig überhaupt eine Arbeitslosigkeit geben?

Die „Times“ fährt diesen Mißstand auf die Unklarheit und das Durcheinander zurück, das die Regierung mit ihren Kontrollmaßnahmen anrichtet hat. Das Blatt schließt sich nicht, festzustellen, daß die Mitglieder der Regierung eine gegenseitige Politik verfolgen und daß eine Regierungsabteilung die andere behindere. Die

„beinahe totalitäre“ Machtausübung, die die Regierung sich übertragen habe, habe Handel und Industrie mit Beschränkungen beladen und wegen ihrer Unbeständigkeit Verwirrung angerichtet. Während ein Minister die Parole verleihe, das Geld auszugeben, appelliere ein anderer an die Bevölkerung, zu sparen.

Als weitere Folge der unklaren Haltung der Regierungsämter nennt die „Times“ den Rückgang im Ueberseehandel. Es sei für England aber von lebensnotwendiger Bedeutung, daß die Hindernisse, auch jene, die durch feindliche Einwirkungen hervorgerufen worden seien, entfernt würden. Bisher sei in der offiziellen Politik jedoch kein Anzeichen dafür zu merken, wie man aller dieser Probleme und in erster Linie der gewaltigen Arbeitslosigkeit Herr zu werden gedenke.

Englands Seewege sind heute Straßen des Todes

Amsterdam, 29. November. Zu den Schiffsuntergängen an der englischen Küste berichtet ein Londoner Korrespondent von „Det Vaterland“, diese Schiffs-Untergänge ereigneten sich in einer so schnellen Folge, daß man im Augenblick nicht in der Lage sei, mitzuzählen. So, wie sich diese Schiffsverluste im Augenblick darstellten, könne man ohne viel Uebertriebung der deutschen Auffassung zustimmen, daß die Seewege vom Osten nach den britischen Inseln Wege des Todes seien. In London verhalte man das allerdings so hinzustellen, als handele es sich nur um „vorübergehende Schwierigkeiten“. Indirekt höre man aber, daß die sich häufenden Verluste der auf dem Seewege nach England befindlichen Schiffe einen schweren Schlag für die britische Lebensmittellage darstellen. So sehr man sich auch in London um Ausreden bemühe, fährt das Blatt fort, hätten doch die letzten Ergebnisse der deutschen Gegenmaßnahmen die britischen Vorkriegsmächte ganz offensichtlich überrascht.



„Intelligent“ Service?

„tschuldigen schon, die Herren, das intelligenter Service haben wir!“ (Sohn: E. Söder)

Gefälschte Listen allein tun's freilich nicht

Mit welchen Methoden Churchill schon im Weltkrieg es verstand, daß die Wahrheit bekannt wurde, gesteht er selbst in erschütternder Angeniertheit, wenn er in seinem Buche „Weltkrieg“ schreibt: „Von militärischem Standpunkt aus hatten wir mit der „Audacious“ (am 27. Nov. 1914 von einem deutschen U-Boot versenkt, aber wochenlang verschwiegen, D. S.) den ersten schweren Verlust zu beklagen. Sie war eine jener lebenswichtigen Einheiten, von denen wir damals nicht mehr als sechs oder sieben hatten und auf denen unsere ganzen strategischen Berechnungen aufgebaut waren. Als ich die Frage der Geheimhaltung des Verlustes vor das Kabinet brachte, waren die Ansichten sehr geteilt. Es wurde dagegen geltend gemacht, daß das öffentliche Vertrauen erschüttert würde, wenn man zugab, daß wir die Verluste verheimlichten. Schließlich wurden jedoch meine Vorschläge angenommen. Die Presse wurde von der Admiralität ersucht, über das Ereignis zu schweigen. Einige Zeitungen kamen dem Verlangen nur unwillig nach. Wir blieben jedoch standhaft und beobachteten sorgfältig die deutsche Presse auf die kleinsten Anzeichen, die auf Kenntnisse des Verlustes hindeuteten. Es dauerte 5 Wochen, bis die deutsche Admiralität den Verlust der „Audacious“ erfuhr, und selbst dann war sie noch im Zweifel, ob es sich nicht um ein Gerücht handelte.“

Gefälschte Schiffslisten, unterschlagene Verluste und künstliche Trübsal werden auf die Dauer nicht ausreichen. Englands schon sehr schwer getroffene Herrschaft in der Nordsee zu retten. Die Welt, die durch die Erkenntnisse der britischen Politiker der Jahre 1914 bis 1918 gründlich aufgeklärt ist, weiß allzu genau, was sie von britischen Statistiken und amtlichen britischen Geesberichten zu halten hat, als daß sie noch einmal auf die alten Methoden Churchills hereinfallen könnte. Die auf dem Meeresumbe ruhende Schiffsstomage ist bereits zu groß, als daß sie hinweggeleugnet oder etwa durch britische Demontis wieder an das Licht des Tages gebracht werden könnte.

THIELE KEHRT HEIM

ROMAN VON WILFRIED BADE

88) Copyright by Knorr & Sirth, München 1934

Pflichtlich fährt Hans wütend auf, er hat entdeckt, daß jemand durch das Guckloch an der Tür dort beobachtet, er nimmt ein Stück Papier und klebt das Loch zu. Aber da wird sofort die Tür aufgerissen und ein Beamter steht da.

„Sie da“, sagt er drohend, „machens des net nochmal, sonst kommens in Dunkelzelle.“ Aber jetzt wird Hans wild und es gibt ein riesiges Gebrüll. Und plötzlich brüllt es auch aus den Nebenzellen und dann geht im ganzen Gefängnis ein Riesenspektakel los, und der Wärter eilt hinaus und wirft die Tür hinter sich zu.

„Voll!“ kommandiert Hans, „Georg, den Fritz auf die Schultern nehmen und die Birne da oben raudrehen!“

Jetzt sitzen sie im Dunkeln und der Spektakel geht draußen weiter, sie rüden die Britischen ans Fenster und klettern rauf, sehen zum Fenster hinaus, im Hof gegenüber sind die Zellen hell erleuchtet.

Und Hans stimmt an: „Ich bin ein Preiße, kennt ihr meine Farben...“

Es gibt ein wildes Hallo im ganzen Gebäude.

Von irgendwoher kommt die Internationale, die Jungen stimmen sofort das Deutschlandlied an, dann wird das Jung-

arbeiterlied geschmettert, dann das Hakenkreuz am Stahlhelm, dann die Vöglein im Walde und als Krönung das Seeräuberlied.

Dieses wilde, kirmische und verwegene Lied, das Hamburger Truppen einst im Baltikum gesungen haben.

Es ist ein furchtbarer Krach.

Und der Verwaltung bleibt nichts anderes übrig, als eine handfeste Strafexpedition durch die Zellen zu unternehmen.

Um drei Uhr morgens, als der Tag eben graut, stehen Hans und die Kameraden wieder vor dem Beamten im Wachzimmer.

„Ich verlange“, brüllt Hans, „daß sofort die deutsche Gesandtschaft angerufen wird. Wir sind deutsche Staatsangehörige.“

Hans hat fürchterlichen Hunger und eine Saunwut, er hat sich an den vielen Siedern heiser gebrüllt.

Der Beamte ist nicht aus seiner Ruhe zu bringen.

„Sie“, sagt er schließlich, „seht hams aber guag schrien, haltens den Mund, bittschön, sonst laß i Sie abführen. In Einzelhaft, verstehtens mi?“

Hans verstand.

Ruhig wiederholt er seine Forderung: „Ich will mit der Gesandtschaft telefonieren.“

Mit der Gesandtschaft wern ma schon telefonieren. Aber net morgens um an viertel nach drei. Da schlafens noch alle. Aber des mit Villach stimmt. Do is wirklich an Treffen. Alsdann, verhalten S' sich ruhig, dann lassen wir Sie frei, in a paar Stunden, wanns Tag ist.“

Hans überlegt einen kurzen Augenblick. Es ist schon das Beste. Zumal wegen der Namen, die ja auf alle Fälle nicht ganz in Ordnung sind.

Und also sagt er ja und sie werden wieder in ihre Zelle zurückgeführt, dort wideln sie sich in ihre Dedeln und schlafen sofort ein.

Um sechs Uhr werden sie geweckt.

„Waschen! Kaffee fassen!“

Dann müssen sie noch einmal in ihre Zellen zurück und gegen Mittag sind sie frei, da steht in der Wachtube ein Mann, der sagt, er sei aus dem Ministerium und er habe dafür gesorgt, daß sie freigelassen würden und er laßt sehr und redet von einem Mißverständnis und einem Versehen und als Hans wütend werden will, beruhigt er: „Aber gehens! Wer wird denn plei so sein. Hams halt a Belanntschaft mit dem Gefängnis gemacht, regns Sahne nur net auf, steht net dafür, gellens? Gehn wir halt essen...“

Essen — das ist ein Zauberwort.

Die Gesichter der sieben ausgehungerten deutschen Wandervögel werden sofort äußerst lebenswichtig.

Und es ereignet sich, daß ein hoher Beamter des bayerischen Außenministeriums mit sieben deutschen Wandervögeln direkt in ein Restaurant in die Nähe der Burg zieht und dort ein köstliches Mittagessen aufwarten läßt mit nachfolgenden Gebirgsböden von noch köstlicherem Eis. Und die sieben deutschen Wandervögel hauen nur so ein.

Nachher draußen vor dem Restaurant zieht der hohe Beamte vergnügt seinen Hut.

„No alsdann, nehns weiter mit dem hübschen Fahndel, servus, servus, Heill!“

Und die Jungen brüllen Heil, daß die Straße zittert und dann ziehen sie zum Südbahnhof.

Sie denken ohne jedes Heimweh an die Stadt, sie haben nichts mit ihr zu schaffen, sie haben sie geliebt, als sie sie noch nicht kannten, jetzt lieben sie sie nicht mehr.

„Moh raus hier!“ sagt Hans auf dem Bahnsteig.

Und damit äußert er die Meinung aller.

Abends nähern sie sich dem Semmering und in Gloggnitz steigen sie aus, es regnet in Strömen.

Und nun müssen sie wirklich Platte reißen, nachts gegen elf Uhr hauen sie sich in einen Wald, das Wasser läuft ihnen in den Krügen und sie frieren erbärmlich.

„Aer“, kurtet Werner, „ein schönes Band ist das.“

Aber sie schlafen doch, todmüde, trotz Regen und Kälte und Hunger, ohne Zelt und ohne Feuer.

Es ist eine sehr unerfreuliche Nacht.

Sie stehen bald wieder aus ihrem nassen Lager auf und wandern weiter, aber dann ist die Sonne da und trocknet sie rasch.

Der Semmering liegt vor ihnen und die sieben Jungen denken wahrhaftig nicht an die Vergnügungststätten da oben, sondern sie denken an die römischen Regionen, die über den Semmering angehen und es ist der erste Alpenpaß, den sie zu sehen bekommen.

Er ist mit Hotels und Prachtbauten vollgebaut, nichts anderes als eine Art Kurfürstendamm, angefüllt mit einer Menschenmenge, derselben wie dort in Berlin.

Bemalte Weiber betrachten die braungebrannten Jungen.

„Ach, sind die süß!“

Hans kommandiert: „Rechts um!“

Sie machen also rechts um, weg von hier, runter vom Semmering, rein in das wilde, dufende Land, der Tag zu, raus aus dieser Zivilisation!

Und die verblüfften bemalten Damen hören ein Lied, das sie gar nicht sehr lieben: „Hakenkreuz am Stahlhelm, schwarzweiß rotes Band...“

Runter vom Semmering, „Geut geh's auf die Raz!“ brüllt Georg aufgetragen. (Fortsetzung folgt.)

Kleine Verdunkelungsfünden

Von grundlegender Wichtigkeit während der Verdunkelung ist die sorgfame Beachtung der Gehordnung, die jeder disziplinierte Fußgänger auch bei vollem Tageslicht ohnehin schon befolgt, das heißt also: scharf rechts gehen, links überholen. Mit dieser Ordnung ist schon viel gewonnen, sobald sie von jedem peinlich genau durchgeführt wird, so daß auf dem Bürgersteig zwei Verkehrsströme in beiden Richtungen nebeneinander fließen. Bei stärkerem Verkehr, während der Hauptgehzeiten und in den Hauptverkehrsstraßen tut jeder gut daran, sich dem allgemeinen Durchschnittempo möglichst einzufügen, um Zusammenstöße zu vermeiden. Sehr störend wirken während der Dunkelheit die „Querschläger“, die sich unvermittelt durch beide Ströme Bahn schaffen und dann von Zusammenstoß zu Zusammenstoß tockeln.

Beim Abbiegen vom Hauptstrom nehme jeder die erprobten Regeln des Fahrverkehrs zum Muster: also rechtzeitig auf die Abbiege Seite steuern, eine Verkehrsstraße abwarten — alle Entgegenkommenden haben „Vorfahrt“ — und dann erst auf kürzestem Weg zur Seite. Gänzlich unangebracht ist plötzliches Stehenbleiben mitten im Strom und das Nebeneinandergehen zu dritt oder viert, das die ganze Gehbahn sperrt. Ebenjowenig wird das Hausenbilden geachtet, und wer den Fahrdamm überqueren will, soll es nach gehöriger Umsicht nur rechtwinklig tun

Starkwirksam gegen Zahnsteinansatz, zahnfleischkräftigend, mikrofein, mild aromatisch, — und so preiswert! ZAHNPASTA 40 Pf. die große Tube 25 Pf.

und dabei bedenken, daß er den beleuchteten Wagen besser und eher erkennen kann als der Fahrer den nahezu unsichtbaren Fußgänger.

Auf den verdunkelten Bahnsteigen ist es Pflicht für die Fahrgäste, mindestens einen Meter Zwischenraum vom einfahrenden Zug freizuhalten, da schon mehrfach die Aussteigenden gegen die Wartenden geprallt und zwischen die Wagen geraten sind. Nur ganz geringer Achtsamkeit bedarf es, die weißen Schutzstreifen an den Straßenträndern nicht unnötig abzutreten — sie sollen uns ja während der dunklen Stunden vor Unfällen schützen.

In zwei Worten läßt sich alles zusammenfassen, was jeder Verkehrsteilnehmer in der Dunkelheit zum eigenen Schutz und zum Vorteil der anderen waken lassen soll: Vorsicht und Rücksicht!

Zuschläge für Sonntags- und Nachtarbeit

Wie erinnerlich, hatte die Kriegswirtschaftsverordnung die Zahlung aller besonderen Zuschläge für die Leistung von Ueberstunden, Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit verboten. Dieses Verbot der Reichswirtschaftsverordnung ist, wie gemeldet, durch eine Verordnung vom 16. November hinsichtlich der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit aufgehoben worden, und zwar mit Wirkung vom 27. November ab. Für den Einzelhandels ist die Lockerung des Verbots vor allem für die Verkaufssonntage vor Weihnachten von Bedeutung, da die Tarifordnungen die Zahlung besonderer Vergütungen für die Tätigkeit der Gefolgschaft an diesen Tagen vorsehen. Die in den Tarifordnungen festgelegten Vergütungssätze sind also an die Gefolgschaftsmittelglieder unmittelbar und nicht etwa an die Reichskasse zu zahlen. Denn die Anordnung über die Abführung der den Zuschlägen entsprechenden Beträge an das Reich ist hinsichtlich der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit außer Kraft getreten. Ueberstunden und Zuschläge für Mehrarbeit an Werktagen dürfen nach wie vor nicht bezahlt werden. Den Zuschlägen entsprechende Beträge sind an das Reich abzuführen.

Wie wird der Urlaub gewährt?

Resturlaub kann nachgeholt werden

Das Amt für Rechtsberatungsstellen hat — um Zweifelsfragen vorzubeugen — eine Stellungnahme zum Urlaubsrecht veröffentlicht, der wir folgendes entnehmen:

Urlaubsansprüche, die infolge der Urlaubs-sperre nicht erfüllt werden konnten, sind vom 15. Januar 1940 ab nachzugewähren. Es ist also der Urlaub in Gestalt von Freizeit und Lohnfortzahlung zu geben. Etwa zwischenzeitlich gewährter Urlaub aus besonderen Gründen ist auf den Urlaub anzurechnen. Wenn auch erst ab 15. Januar der Urlaub nachgewährt werden soll, so dürfte in besonderen Einzelfällen nichts im Wege stehen, den Urlaub auch schon vorher ausnahmsweise zu geben. Ratfam ist aber, sich hierzu die Zustimmung des Reichstreuhänders der Arbeit oder des Leiters des Arbeitsamtes zu verschern.

Manche Betriebe haben zwischenzeitlich der Gefolgschaft für nicht erfüllte Urlaubsansprüche in bar abgeloht. Hier wird in der Regel anzunehmen sein, daß damit der offene Urlaubsanspruch gänzlich erfüllt sein sollte. Wer während der Urlaubs-sperre, also nach

dem 4. September 1939 aus dem Betriebe ausgeschieden ist und noch Urlaub zu beanspruchen hatte, hat ab 15. Januar einen Anspruch auf Verabgeltung gegen den früheren Betrieb. Das gleiche gilt, wenn jemand nach dem 17. November bis 15. Januar 1940 ausscheidet.

Der rückständige Urlaub aus dem Jahre 1939 soll spätestens bis zum 30. Juni 1940 gewährt werden. Den Zeitpunkt des Urlaubsantritts bestimmt der Betriebsführer nach den betrieblichen Möglichkeiten. Im Interesse der Wintersportplätze sei darauf hingewiesen, daß hier Gelegenheit zu einem Winterurlaub besteht. Es wird sich nicht vermeiden lassen, daß einige Betriebe infolge ihres Beschäftigungsstandes, insbesondere in der Kriegsindustrie, nicht in der Lage sind, Urlaub nachzugewähren. Sie dürfen dann an Stelle von Freizeitgewährung den Urlaub in bar ganz oder teilweise abgeben. Das muß aber der zuständige Reichstreuhänder oder Sondertreuhänder der Arbeit ausdrücklich zugelassen haben.

In 1575 Lagern wohnen Arbeitsmädchen

Von Anfang September bis Mitte Oktober d.J. Zahl der Lager verdoppelt

Nachstehend geben wir Zahlen über den verstärkten Einsatz des weiblichen Arbeitsdienstes bekannt. Im Hinblick darauf, daß sich in unserer unmittelbaren Nähe, in Altburg, ebenfalls ein Lager des weiblichen Arbeitsdienstes befindet, dürften diese Zahlen besonders interessieren.

Am 1. September d. J. rief der Führer in der Reichstagsitzung des deutschen Volkes zur entschlossenen Abwehr eines gegen Deutschlands Lebensrechte seit Versailles geführten Kampfes auf. Am 4. September beschloß der Ministerrat für die Reichsverteidigung die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht für die weibliche Jugend und setzte die Zahl der Arbeitsmädchen auf 100 000 fest. Am 2. Oktober begann die Musterung der zur Arbeitsdienstpflicht aufgezurufenen Jahrgänge 1920 und 1921. Am 15. Oktober, dem Tag, an dem die ersten nun gemusterten jungen Mädchen als Arbeitsmädchen ein neues Leben begonnen haben, standen 1575 Lager des Reichsarbeitsdienstes für die weibliche Jugend bereit, um diese Mädchen aufzunehmen. Diese Zahl bedeutet praktisch die Verdoppelung der Anfang September vorhandenen Lager des weiblichen Arbeitsdienstes. Bis zum 1. April 1940 sollte im Zuge des friedensmäßigen Aufbaues die Zahl der Lager auf 950 erhöht werden. Durch die Anstrengungen aller beteiligten Stellen ist es nun innerhalb fünf Wochen gelungen, diese Zahl um ein Vielfaches zu überschreiten. Am 1. Januar 1940 wird die Zahl der Lager des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend in Großdeutschland 1600, am 1. April 1940 bereits 2005 betragen.

Von den 1575 Unterkünften, in denen sich seit dem 15. Oktober Lager des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend befinden, sind rund 165 frei gewordene Abteilungsunterkünfte des männlichen Arbeitsdienstes. In ihnen sind, je nach dem vorhandenen Arbeitseinsatz, vielfach zwei Lagereinheiten zu Doppellagern zusammengefaßt. Eine besondere Verfügung regelt den Dienstbetrieb in Doppellagern. Eine Lager-

12 Jahre Zuchthaus

und Sicherungsverwahrung für einen Räuber

Pforzheim, 29. Nov. Vor der Strafkammer fand dieser Tage der räuberische Ueberfall auf die 79 Jahre alte verwitwete Julianne Hage in der Krebspfadiedlung seine Sühne. Angeklagt war der ledige 40 Jahre alte Emil Schaub in Pforzheim unter der Beschuldigung des erschweren Diebstahls, eines Totschlagversuchs und des Raubs. Nach nahezu fünfständiger Verhandlung verurteilte der Vorsitzende der Strafkammer folgendes Urteil: Der Angeklagte Schaub wird wegen je eines Verbrechens des Raubes und des erschweren Diebstahls zu einer Zuchthausstrafe von zwölf Jahren, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Außerdem wird die Sicherungsverwahrung angeordnet. Auf die erkannte Strafe werden drei Monate Untersuchungshaft angerechnet. Die Fällungsabsicht wurde verneint. Der Verurteilte nahm das Urteil sofort an mit dem Bemerkten, daß eine Revision ja doch keinen Zweck hätte.

Der Tatbestand: Am 8. August dieses Jahres, gegen 22 Uhr nachts, drang der Angeklagte Schaub in das Anwesen des verwitweten Christian Hage in der Krebspfadiedlung ein. Er hatte vom Sohn der Hage Kenntnis, daß in dessen Wohnung 2000 RM. Sterbegeld der verstorbenen Frau des Sohnes aufbewahrt seien. Dieses Geldes wollte sich der Verbrecher bemächtigen. Bei der Ausführung der Tat war ihm die 79 Jahre alte Frau Hage in den Weg gekommen. Er würgte sie, bis sie bewußtlos war, und machte sich dann auf die Suche nach dem Geld, konnte aber außer einem kleinen Betrag nur 160 RM. finden. Bei diesem Raub von anderen Personen im Haus gestört, mußte der Verbrecher fliehen, trieb sich dann noch etwa 14 Tage lang in der Umgebung von Pforzheim herum und verübte einen weiteren Einbruch in Pforzheim. — Er war bereits sehr schwer vorbestraft.

Weihnachtsferien ab 20. Dezember

Der Beginn der Weihnachtsferien ist einheitlich für das gesamte Reichsgebiet auf den 20. Dezember festgelegt worden. Eine Verlängerung der Ferien ist nicht in Aussicht genommen.

Rundfunkgeräte für die Feldtruppe

Die vom Reichsminister Dr. Goebbels im Wehrmacht-Wunschkonzert gestifteten Rundfunkgeräte sollen ausschließlich der Feldtruppe zugute kommen. Ihre Verteilung ist daher nach dienstlichen Erfordernissen bereits geregelt. Die zahlreichen Wünsche, die von Heimatsdienststellen und Privatpersonen, auch von Angehörigen der Fronttruppe an den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda unmittelbar gerichtet wurden, können daher nicht berücksichtigt werden. Wegen der großen Zahl der Anfragen ist Einzelbeantwortung der Briefe nicht möglich.

Wichtiges in Kürze

Wie über die Organisation der Luftschutzarbeit in der „Sirene“ mitgeteilt wird, soll eine dreifache Besetzung der Blocke nicht mehr vorgenommen werden. Es ist neben dem Blockwart in jedem Block eine Blockhelferin als ständiger Vertreter des Blockwarts einzusetzen. Der frühere Stellvertreter männliche Blockwart entfällt und kann an einer anderen Stelle in der Luftschutzarbeit als Amtsträger Verwendung finden.

Bei Personen, die eine polizeiliche Einberufung zur Luftschutzdienstpflicht erhalten, darf der Betriebsführer ebensowenig wie bei den zum Wehrdienst einberufenen Gefolgschaftsmitgliedern das Arbeitsverhältnis kündigen; dieses ruht lediglich für die Dauer der Einberufung. Zu einer Lohn- oder Gehaltszahlung ist der Arbeitgeber nicht verpflichtet, da der Einberufene seinen Wehrsold nach Maßgabe seiner Dienststellung im Luftschutz erhält und seine Angehörigen auf Antrag Familienunterhalt empfangen.

Der Reichsluftfahrtminister und Oberbefehlshaber der Luftwaffe hat in einem Erlaß gegen die Verwendung von wertvollen Textilstoffen für Verdunkelungszwecke Stellung genommen. Im Interesse der sparsamen Bewirtschaftung des deutschen Textilmarktes dürfen beim Abblenden von Lichtanstrichöffnungen Textilstoffe nur dann verwendet werden, wenn alle anderen Möglichkeiten zum Abblenden nicht durchführbar oder zweckmäßig sind. In diesen Fällen ist besonders darauf zu achten, daß nur sogenannte Verdunkelungsstoffe und keine für andere Zwecke bestimmte Textilstoffe verwendet werden.

Die NS-Volkswohlfahrt hat alle Vorbereitungen getroffen, um die Jugenderholungsarbeit auch im Kriege fortzusetzen. Die Kinderlandverschickung als vorbeugende Maßnahme wird heute weitergeführt. Auch für die Kinderheimunterkunft stehen trotz der Inanspruchnahme vieler Heime für andere Zwecke Plätze ausreichend zur Verfügung.

Für die handwerkliche Ehrengerechtheit hat der Reichsstand des Handwerks neue Grundsätze festgelegt. Danach sollen Verfahren gegen Handwerker, die zur Wehrmacht oder zu sonstigen aktiven Formationen eingezogen sind grundsätzlich bis zu deren Entlassung ruhen. Verfahren gegen nicht zur Wehrmacht einberufene Handwerker sollen wie bisher eingeleitet und fortgesetzt werden.

Erst kalken, dann richtig düngen

Ein dringender Rat für unsere Landwirte

Vielsach wird von der Kalkung eine sofort sichtbare Ertragssteigerung erwartet. Wo eine stark augenscheinliche Wirkung des Kaltes auftritt, da lag eine schwere Unterlassungsfünde vor, ein Düngungsfehler, der bei einer geordneten Betriebsführung nicht vorkommen darf. Denn in einem Betrieb, der auch nur halbwegs richtig düngt, darf es an Kalk niemals fehlen. Der Kalk hat soviel Aufgaben im Boden, daß er immer und in großen Mengen im Boden vorrätig sein muß. Nur bei ausreichendem Kalkvorrat sind die folgenden Grundlagen der Bodenfruchtbarkeit und der Pflanzenernährung gegeben:

- 1. Eine gute Bodenstruktur. Denn Kalk ist das Bindemittel für alle Sand-, Ton- und Humusteilchen. Er verursacht die Krümelung der Bodenteilchen und bildet dadurch Hohlräume im Boden, die zu einer richtigen Zirkulation von Wasser, Wärme, Luft und Nährstoffen erforderlich sind. Bei starker Kalkverarmung des Bodens brechen die lockeren Krümel in fanalose, dichte Massen zusammen, die Bodenflutung geht verloren. Der Boden wird strukturanfällig.
2. Ein gutes Gedeihen der Kleinlebewesen. Wird der Boden stark sauer, so stellen eine Reihe wichtiger Bodenbakterien, die einen normalen Kalkvorrat im Boden lieben, ihre Tätigkeit allmählich ein. Damit geht auch die Umwandlung des Stallmistes und der Stickstoffdünger in Nährstoffformen, die von der Pflanze aufgenommen werden können, ungenügend vor. Stattdessen und die Stickstoffdünger werden nicht mehr voll ausgenutzt. Zudem nimmt auch die Stickstoffaufnahme aus der Luft in dem Maße ab, als die Bakterien ihre Tätigkeit einstellen.
3. Die Mobilisierung der Nährstoffe. Jede Pflanze nimmt die zum Aufbau der Pflanzenteile erforderlichen Nährstoffe in wässriger Lösung auf. Voraussetzung ist, daß die Nährstoffe sich in Wasser lösen. In einem sauren Boden kann sich aber die Phosphorsäure mit sauren Aluminium- und Eisenteilchen verbinden, wodurch sie unlöslich wird. Nur bei ausreichendem Vorhandensein von Kalk ist eine gute Ausnützung der Phosphorsäure gewährleistet.
4. Die Entfäuerung des Bodens. Bei allen Verwitterungsvorgängen des Bodens und bei der Düngemittelumsetzung bilden sich saure Bestandteile im Boden. So lange Kalkvorräte im Boden vorhanden sind, werden diese Säuren durch Kalk unschädlich gemacht. Sobald keine Kalkreserve mehr im Boden vorhanden ist, nehmen die Säuren ständig zu nach Säuregrad und Säuremenge. Zunächst stellen sich Wachstumsstörungen bei den fallliebenden Pflanzen wie Luzerne, Kollflee, Widdegerne, Gerste, Weizen und Rübem ein, und bei weiterer Zunahme der Versauerung leidet das gesamte Wachstum Not.
5. Nährstoff Kalk. Der Kalk ist Stützstoff in den Pflanzenteilen. Ein Mangel an Kalk beeinträchtigt die Blühfähigkeit und damit die Körnerbildung, genau so wie Kalkmangel im Tierkörper die Frucht-

barkeit mindert. Ein mangelnder Kalkgehalt der Pflanzen, besonders der Futterpflanzen, wirkt wiederum nachteilig auf Gesundheit und Leistung der Tiere, die zum Aufbau des Knochengerüsts sehr viel Kalk benötigen.

Ruchenbackwaren weiter ohne Brotkarte

Ruchen-Backwaren können ohne Brotkarte bezogen werden. An diesem Zustand soll auch nichts geändert werden. Es hat sich aber gezeigt, daß bei manchen Gebäckarten Zweifel darüber aufgetaucht waren, ob sie als Ruchen-Gebäck anzupprechen sind oder ob sie als brotähnliche Backwaren unter die Rartenpflicht fallen. Um diese Zweifel zu beheben, hat die Hauptvereinigung der Deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft eine Anordnung erlassen, in der im einzelnen bestimmt wird, welche Gebäckarten rartenpflichtig sind. Rartenfrei sind nach wie vor alle

Das gute Kinder-Nährmittel

Gustin reiner Maisstärke-Puder

bekommen Sie zur Zeit auf die mit einem x bezeichneten 4 Abschnitte der Reichsbrotkarte für Kinder bis zu 6 Jahren Dr. August Oetker

eigentlichen Ruchengebäck, insbesondere auch die wohlfeileren Ruchengebäck wie ungefüllte Schneiden, ungefüllte Streifenbrotchen, Amerikaner usw. Dagegen sind vom 1. Dezember ab neben Brot, Kleingebäck und Zwieback folgende Gebäckarten rartenpflichtig: Rortintebrot und Rosinenbrot, Ruchenbrot, Stullen (Semmeln), Korinthenschlag, Klaffen, Kölsen, einfache Striezel, einfache Stollen, Einbach, Korinthenschlag und Rosinenbrötchen, Ruchenbrötchen, Hörnchen, Hedwige, Rippel, Heißwecken, Zopfgebäck. Auf je 100 Gewichtseinheiten der Einzelabschnitte der Reichsbrotkarte und Brotzuzufahrt für Schwer- und Schwerstarbeiter werden je 100 Gewichtseinheiten der genannten Backwaren abgegeben.

Da die aufgeführten Gebäckarten in manchen Teilen des Reichsgebiets anders genannt werden, ist bestimmt worden, daß diese Backwaren auch dann rartenpflichtig sind, wenn sie unter einer anderen Bezeichnung in den Verkehr gebracht werden. Auf diese Weise ist der Kreis der rartenpflichtigen Backwaren von den rartenfreien Ruchen-Gebäcken eindeutig abgegrenzt worden.

Aus Württemberg

1800 neue Wohnungen geplant

Das Neubauprogramm der Württ. Heimstätte
Stuttgart. Die Württembergische Heimstätte GmbH. ist vor wenigen Jahren gegründet worden, um einen überörtlichen Träger des Arbeiterwohnstättenbaues zu schaffen, der neben der Durchführung von großen Sonderaufgaben überall dort eingeseht werden kann, wo örtliche Träger nicht mehr vorhanden sind oder zur Durchführung der Maßnahmen nicht ausreichen. Während das Jahr 1937 als Anlaufjahr der Gesellschaft betrachtet werden mußte und infolge des dadurch späten Baubeginns das ganze Bauprogramm von 459 Wohnungen erst 1938 fertiggestellt werden konnte, umfaßte das Programm des Jahres 1938 bereits 735 neu begonnene Wohnungen und einschl. des Ueberhangs aus 1937 insgesamt 1194 Wohnungen. Von diesem Programm konnten 565 Wohnungen fertiggestellt werden, was einem Anteil von 19,4 v. H. an der Leistung des gemeinnützigen Wohnungsbaues in Württemberg und einem Anteil von 4,3 v. H. an den in Württemberg 1938 insgesamt fertiggestellten Wohnungen entspricht. Ein noch günstigeres Verhältnis ergibt sich, wenn man das vordringlichste Tätigkeitsgebiet der Württ. Heimstätte, die Schaffung von Arbeiterwohnstätten in Form von Kleinfiedlungen, gefordert betrachtet. Von den im Jahr 1938 in Württemberg errichteten 1004 Kleinfiedlerstellen entfielen 406 (40,4 v. H.) auf die Württ. Heimstätte. In den kleinen Gemeinden konnte die Frage, ob Kleinfiedlung und Eigenheim oder Mietwohnung stets zugunsten der ersteren entschieden werden.

Das Neubauprogramm des Jahres 1938 erforderte einen Gesamtaufwand von 5,78 Millionen Mk. Darlehensgeber waren die Landeskreditanstalt, Landessparkasse und Kreis Sparkassen. Rund 24 v. H. der Finanzierungsmittel wurden von den Siedlern und Bauherren in Form von Eigenkapital aufgebracht. Im zweiten Jahre des Bestehens hat die Württ. Heimstätte 503 Kleinfiedlerstellen neu begonnen, daneben war ein Ueberhang von 344 Einheiten aus 1937 zu betreuen, so daß insgesamt das Bauprogramm 847 Kleinfiedlerstellen umfaßte. Bis zum Ende des Jahres waren 406 Kleinfiedlerstellen fertiggestellt. Infolge der Einschränkungen auf dem Baumarkt mußten alle in Vorbereitung befindlichen Volkswohnungsmassnahmen zurückgestellt werden. Die Gesellschaft hofft aber, diese im kommenden Jahr durchführen zu können. Zu Beginn des Jahres 1939 lag ein Neubauprogramm von rund 550 Wohnungseinheiten vor, weiterhin liegen noch 1250 Wohnungseinheiten zur Bearbeitung vor, so daß also ein gesamtes Neubauprogramm von 1800 Wohnungseinheiten besteht. Hinzu kommt noch ein Ueberhang aus dem Berichtsjahr von 629 Wohnungen.

Auslandsdeutsche Frauen Gäfte der Partei

Stuttgart. Zusammen mit dem Rückwandereramt der Auslandsorganisation der NSDAP hat die Gaufrauenchaftsleiterin Gaidl alle in Stuttgart weilenden auslandsdeutschen Frauen, die Frauen der Rückwanderer und der aus Ueber-

see Eingetroffenen zu einer Stunde gemeinschaftlichen Erlebens und kameradschaftlichen Beisammensitzens im Stadtgarten eingeladen. Im Mittelpunkt des Abends standen die Worte der Gaufrauenchaftsleiterin, die den Frauen das Erlebnis der Heimat in ihrer unerlöschlichen Verbundenheit und mit dem tatbereiten Einsatz aller deutschen Frauen im Dienst der Inneren Front vermittelte. Bieder der Jugendgruppe und Stegreiffspiele der Kindergruppe der NS-Frauenchaft — Deutsches Frauenwerk bildeten den unterhaltenden Teil des Abends und wechselten mit einer Darbietung schwäbischer Dichtkunst ab.

Brand durch verschüttetes Benzin

Gosheim, Kr. Tuttlingen. In einem hiesigen Betrieb hatte ein Arbeiter versehentlich Waschbenzin auf den Boden verschüttet und mit Putz- wolle aufgetrocknet. Als er dann die Putzwolle gegen den Ofen warf, entzündete sie sich und auch die Kleidung des Mannes fing Feuer. Während dieses von seinen Arbeitskameraden gelöscht wurde, fraß sich das Feuer rasch durch den mit Waschbenzin getränkten Boden. Es gelang ein weiteres Umschmeißen des Brandes zu verhindern; immerhin ist bedeutender Sachschaden entstanden.

Freudenstadt. Apotheker stiften für 8 W. H. M.) Anlässlich des Kameradschaftsabends,

Nachrichten aus aller Welt

Straßenräuber hingerichtet

Berlin, 29. November. Am Mittwoch ist der am 15. November 1918 geborene Ewald Wiczorek hingerichtet worden, der vom Sondergericht Hamburg am 7. November in Bremen wegen Verbrechens nach § 2 der Verordnung gegen Volksschädlinge zum Tode verurteilt worden war. Der bereits wegen Diebstahls vorbestrafte Verurteilte hatte in der Nacht zum 20. Oktober unter Ausnutzung der Verdunkelung einen Volksgenossen, der sich nach Arbeitsluß allein auf dem Heimweg befand, überfallen, mit dem Messer auf ihn eingestochen und ihn beraubt.

Lokomotive landet im Garten

Neunkirchen (Saar), 29. November. Zu einem nicht alltäglichen Unfall kam es in der Nähe des Schlachthofes. Eine Lokomotive war dort auf einem toten Geleise mit Rangierarbeiten beschäftigt. Infolge der Dunkelheit überfuhr der Lokomotivführer den Prellbock. Er rannte mit solcher Wucht gegen die Schutzvorrichtung, daß die Maschine zur Entgleisung kam, die Bahnhöfen in a b f i r z t e und unten in einem Garten liegen blieb. Im letzten Augenblick gelang es dem Lokomotivführer und dem Heizer, abzuspringen, so daß glücklicherweise niemand verletzt wurde.

Bestie in Menschengestalt

Trier, 29. November. Die 27jährige Schwester der 20jährigen Cäcilie Reiblinger in Weirig hatte einem unehelichen Kinde das Leben geschenkt; offenbar verabredeten die beiden Schwestern, das Kind zu beseitigen. Eines Tages legte die Cäcilie das kleine Wesen in die Badewanne und begoß es mit Wasser. Das Kind ertrank

der im Rahmen der Tagung der Apotheker des Großdeutschen Reiches hier stattfand, wurden für das Kriegs-Winterhilfswert 1620 Mark gezahlt. Der Betrag wurde in das neue Opferbuch des Kriegs-W.H.M. eingetragen.

Maulbronn. (Vom Omnibus überfahren.) Abends wurde Geometer Reim, der als Soldat im Weltkrieg ein Auge verlor, von einem Omnibus überfahren. In bewußtlosem Zustand wurde er in das Krankenhaus gebracht.

Bad Digenbach. (Neuer Bürgermeister.) In feierlicher Sitzung wurde der neue Bürgermeister Gebhard Schäffler im Rathausaal durch Landrat Nagel in sein Amt eingesetzt. Kreisleiter Baptist entbot die Glückwünsche der Partei.

Seitingen, Kr. Tuttlingen. (H. H. Heim.) Am 16. Juli wurde hier der Grundstein des ersten H. H. Heimes durch Kreisleiter Huber gelegt. Nach viermonatiger Bauzeit ist nun der Rohbau fertiggestellt. Zum Richtfest hatten sich auch Vertreter der Kreisleitung, die Gemeinderäte und die ganze Jugend eingefunden.

Aus Baden

Pforzheim. (In der Enz ertrunken.) Die am 17. November in Riesen aus der Enz gelandete Leiche konnte jetzt als die 72 Jahre alte Witwe Maria Landbatter von hier festgestellt werden. Man vermutet, daß die Frau am Abend zuvor vom Weg abgekommen und in das Wasser gefallen ist.

Quer durch den Sport

Württemberg gegen Bayern

Zweiter Fußball-Gaukampf in München
 Am kommenden Sonntag hat der Gau Württemberg im Fußballsport einen ereignisreichen Tag, in dessen Mittelpunkt der Start unserer Gauleit in der Reichsbundpokal-Vorrunde gegen den Gau Bayern in München steht. 1934 trafen beide Gaue im Kampfpokal zusammen, wobei die Bayern in Stuttgart 4:1 siegten. Der Gau Bayern wird folgende Mannschaft aufstellen: Scheitke (1860 München); Meining (Schweinfurt), Schmeißer (1860); Rodinger (1860), Kennemann (1. FC. Nürnberg), Hammer (Post München); Schmidt (Neumeier), Pefahl (Regensburg), Lechner (Augsburg), Gad (Färth), Forster (Post München). Der Unterschied in der Leistungskraft zwischen Bayern und Württemberg dürfte nur gering sein. Der Kampf ist durchaus offen, zumal in dem Reichsbundpokalwettbewerb die maßgeblichen Nationalspieler nicht eingesetzt werden können. Württemberg stützt sich auf dieselbe Mannschaft, die vor drei Wochen erstmals den Gau Baden bezwang.

Einen Gaukampf im Turnen vereinbarten Württemberg und Bayern für den 10. Dezember nach Ulm. Beide Gaue werden ihre stärksten Kräfte aufbieten, in denen auch die Nationalturner Stangl-München, Friedrich-München, Gögge und Weißedel-Stuttgart u. a. m. mit dabei sein werden.

Die Deutschen Skimeisterchaften der Nordischen Kombination werden am 17. und 18. Februar in Ruhpolding durchgeführt, denen sich die Alpinen Meisterchaften am 9. und 10. März in St. Anton am Arlberg anschließen. Die Kreisläufe sind für den 13. und 14. Januar vorgesehen, die Bereichsmeisterchaften (Gaumeisterchaften) sollen am 27. und 28. Januar durchgeführt werden. Als Termin für die Internationale Winterwoche in Garmisch-Partenkirchen wurden der 27. Januar bis 4. Februar vorgesehen.

Für den Fußball-Länderkampf gegen die Slowakei am Sonntag in Chemnitz wurde die deutsche Mannschaft wie folgt aufgestellt: Jahn-Berliner SV. 92; Jans-Düffeldorf, Rubus-Gleiwitz; Goede-Berliner SV. 92, Rohde-Eimsbüttel, Männer-Hannover 96; Lehner-Augsburg, Schön-Dresden, Conen-Stuttgarter Riders, Fiederer-Färth, Art-Riesla, Schiedsrichter ist der Kopenhagener Dr. Kemle.

Auch am Sonntag ein Handballspiel für das Kriegs-Winterhilfswert

Am Sonntag stellen sich die Handballer und die Soldaten der Wehrmacht auf dem Turn- und Spielplatz in Calw ebenfalls in den Dienst des Kriegs-W.H.M. W. Calw/Hirau Komb. spielen gegen eine Soldaten-Elf, während das Vorspiel die Jugendmannschaften von Calw und Hirau bestreiten werden.

NS-Presso Württemberg G. m. b. H. — Gesamtleitung: G. Boegner, Stuttgart, Friedrichstraße 15.

Verlagsleiter: Friedrich Hans Scheele, Calw. Verantwortlicher Schriftleiter für den Gesamteinhalt: I. V.: Paul Renft. Anzeigenleiter: Friedrich Hans Scheele. Verlag: Schwarzwald-Wacht G. m. b. H. Calw, Rotationsdruck: A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw. Zur Zeit ist Preisliste Nr. 4 gültig.

Amtliche Bekanntmachungen

Stadt Calw

Futtermittelscheine

Zum Bezug von Futtermitteln für Pferde, Rinder und Schweine durch nicht landwirtschaftliche Tierhalter sind mit Wirkung vom 1. Dezember 1939 an Futtermittelscheine vorgeschrieben worden. Nichtlandwirtschaftliche Geflügelhalter oder Halter von Ziegen, Kaninchen oder anderen Tieren, für die keine Futtermittelscheine vorgesehen sind, können ihren Bedarf im Rahmen der Futtermittelverfügungslage ohne Scheine decken. Für Schweinemästereien werden keine Futtermittelscheine ausgegeben, weil sie im Rahmen der Beförderung landwirtschaftlicher Tierhalter berücksichtigt werden.

Als nichtlandwirtschaftliche Tierhalter gelten diejenigen Tierhalter, die nicht Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebs sind und über keine ausreichende eigene Futtergrundlage verfügen, um die von ihnen unterhaltenen Tiere vorwiegend mit eigenem Futter ernähren zu können.

Die nichtlandwirtschaftlichen Tierhalter werden hiermit aufgefordert, am Freitag, 1. Dezember 1939, vormittags von 8 bis 12.30 Uhr, und am Samstag, 2. Dezember 1939, vormittags von 8 bis 12.30 Uhr, bei der Bezugsstelle, Marktplatz 30, ihren versorgungsberechtigten Viehbestand zu melden und entsprechende Futtermittelscheine zu beantragen.

Die vorhandenen Futtermittelbestände sind aufzunehmen und bei der Meldung anzugeben.

Calw, den 29. November 1939.

Der Bürgermeister: G ö h n e r.

Einteilung der Fleischbeschau- und Praxisbezirke der Tierärzte des Kreises Calw

Die Einderung mehrerer Tierärzte zum Seeresdienst macht eine Neueinteilung der Ergänzungsfleischbeschau- und Praxisbezirke im Landkreis Calw unter die zur Zeit noch anwesenden Tierärzte notwendig.

Es werden zugeteilt:

1. Dem Reg.-Veterinär Dr. Wolf in Calw neben seinen Dienstgeschäften die Gemeinden Calw, Agenbach, Albulach, Altbürg, Althengstett, Breitenberg, Dachtel, Dedersbronn, Emberg, Gaugenwald, Gehingen, Hirau, Holzbronn, Liebs-

berg, Bad Liebenzell, Bad Teinach, Monakam, Möttlingen, Neubulach, Neuhengstett, Neuwiler, Oberhaugstett, Oberollbach, Oberollwangen, Oberreichenbach, Ostelsheim, Ottenbronn, Röttenbach, Schmiech, Simmozheim, Sonnenhardt, Stammheim, Unterhaugstett, Unterreichenbach, Würzbach und Zavelstein.

Als Stellvertreter werden bestimmt: Dr. Metzger in Nagold, Dr. Schneider, Altensteig, Dr. Bühler, Wildbad (jeweils der nächstwohnende).

2. Dem Reg.-Veterinär Dr. Schwab in Neuenbürg neben seinen Dienstgeschäften die ordentliche Fleischbeschau in Neuenbürg und die Ergänzungsfleischbeschau und Praxis in den Gemeinden Arnbach, Beinberg, Bieselsberg, Birtenfeld, Conweiler, Engelsbrand, Feldbrennach, Gräfenhausen, Grundbach, Höfen, Jgelsloch, Kapsenhardt, Langenbrand, Maisenbach, Neuenbürg, Ober- und Unterlengenhardt, Niebelsbach, Ottenhausen, Salmbach, Schömburg, Schwamm, Schwarzenberg, Waldbrennach.

Stellvertreter: Tierarzt Dr. Bühler, Wildbad.

3. Dem Tierarzt Stöckert in Herrenalb neben der ordentlichen Fleischbeschau in Herrenalb die Gemeinden Bernbach, Denbach, Dobel, Herrenalb, Rotensol, Reusatz, Loffenau.

Stellvertreter: Reg.-Veterinär Dr. Schwab, Neuenbürg.

4. Dem Tierarzt Dr. Bühler in Wildbad neben der ordentlichen Fleischbeschau in Wildbad mit Teilgemeinden und in Calmbach die Gemeinden Calmbach, Enzklösterle, Michelberg und Wildbad.

Stellvertreter: Dr. Schwab, Neuenbürg, für Michelberg Dr. Wolf in Calw.

5. Dem Reg.-Veterinär Dr. Metzger in Nagold neben seinen Dienstgeschäften die ordentliche Fleischbeschau in Nagold und die Gemeinden Haterbach, Ober- und Unterschwanndorf, Wehingen, Rohrdorf, Emmingen, Pfondorf, Mindersbach, Nagold, Wildberg, Efferingen, Schönbrenn, Sulz, Gültlingen.

Stellvertreter für die Gemeinden Sulz und Gültlingen Reg.-Veterinär Dr. Wolf in Calw; für alle anderen Tierärzte Dr. Schneider in Altensteig.

6. Dem Tierarzt Dr. Schneider in Altensteig neben der ordentlichen Fleischbeschau in Altensteig-Stadt und -Dorf und in Ueberberg die Gemeinden Altensteig-Stadt und -Dorf, Beuren, Etmannswiler, Bernack, Ebershardt, Eghaufen, Egenhausen, Michalben, Hornberg, Martinsmoos, Rofelden, Simmersfeld, Spielberg, Ueberberg, Walddorf, Wart, Wenden, Zwerenberg.

Stellvertreter für die Gemeinden Hornberg, Michalben, Martinsmoos und Zwerenberg Dr. Wolf in Calw; für alle anderen Dr. Metzger in Nagold.

Die Tierärzte werden angewiesen, ihre Tätigkeit auf diese Bezirke zu beschränken.

Die Tierbesitzer werden hiermit aufgefordert, sich nur an den für ihre Gemeinde zuständigen Tierarzt zu wenden. Um die laufende Erledigung der anfallenden Geschäfte zu ermöglichen und um Kraftfahrzeugfahrten auf das notwendige Maß zu beschränken, können die Tierärzte Aufträge zur sofortigen Erledigung nur in den dringlichsten Fällen annehmen. Sofern Besuche der Tierärzte gewünscht werden, sind diese rechtzeitig (vormittags 9 Uhr) anzumelden.

Vorstehende Einteilung tritt am 1. Dezember 1939 in Kraft. Calw, den 29. November 1939.

Der Landrat.

Der Regierungsveterinär.

Eine mit dem 7. Kalb hochtrachtige

R u h
 verkauft
 Pfommer z. „Hirsch“
 Röttenbach

Gebr. Dampfmaschine
 für den Weihnachtstisch gesucht.
 Hermann Haffnerstr. 8 II
 Luftschutz tut not!

Bel Grippe, Husten und Erkältung

Grippetabletten, Hustentropfen und -Säfte, Brusttee, Husten u. Lungentee, Hustenbonbons und Pastillen

aus den Apotheken!

Biehverkauf

Ein frischer Transport hochtrachtiger, Kalbinnen, junger Kälberkühe, junger Stiere, schöner Zucht- u. Einstellrinder stehen zum Verkauf bei

Mag Wiehler, Viehhandlung
 Höfen-Enz
 Telefon 41